6. Juni 1991

INTERIM

Nr 151

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Nr. 150

POTZBLITZ !!!
Regierungssitz ...

DEMO gegen Umstrukturierung und Haupstadtwahn

Montag 17.6.91 18.00 Marheinekeplatz

Abschlußkundgebung: **Lustgarten**

Bus 341 U Gneisenaustr.





Vorwort

Wir haben versucht, dieser Ausgabe einen antirassistischen Schwerpunkt zu geben. Die Idee dazu kam uns durch die vielfältigen Aktionen von Flüchtlingen in den letzten Wochen:

- der Trauermarsch von schwrzen ImmigrantInnen am Sonntag
- die Kämpfe und Demonstration der Flüchtlinge in Fürstenwalde für die Auszahlung ihres Essensgeldes
- die269 sowj. JüdInnen haben eine gemeinsame Aufenthaltsgenehmigung bis Sep. durchgesetzt.

Hinzu kamen die antirassistischen und antisexistischen Aktionen, wie die Lesben- und Schwulendemo vom Freitag und die Flugblattaktion in Berliner S-Bahnen am Montag. Bisher hat noch keine Nachbereitung stattgefunden, aber wir freuen uns auf Erfahrungsberichte der Gruppen, da wir die Verteilaktion für wiederholungsbefürftig halten. Im Heft versuchen wir die Aktionen der letzten Wochen zu dokumentieren und haben zusätzlich zwei Erfahrungsberichte von Flüchtlingsgruppen aus der Radikal und dem Ruhrgebietsinfo geklaut. Wir denken, daß in beiden Artikeln wichtige Fragestellungen antirassistischer Gehversuche der Metropolenlinken enthalten sind. Für unsere nur in Ansätzen entwickelte Praxis könnten darin Anstöße enthalten sein. Laßt euch bei dem Artikel aus Bochum nicht von der zum Teil unverständlichen Sprache erschrecken.

Die Frage nach antirassistischer Politik stellt sich verschärft durch den Ablauf der Übergangsregelungen des neuen "Ausländergesetzes". Ende Juni werden die Abschiebestops aufgehoben, wovon allein in Berlin 4-6000 Flüchtilinge bedroht sind.

An die Leute der 0-Tarif-Aktion:
euer 4-seitiges Mobilisierungsflugi für die U-Bahn-Aktion am 30.5. erreichte uns für die Ausgabe zum 30.5. Wir fanden die Aktion wichtig und überlegten, über die Rückseite zu mobilisieren. Da die Aktion zur selben Zeit stattfand, zu der die I. erscheint, hatte das aber wenig Zweck. So wollten wir durch die Veröffentlichung der einen Seite wenigstens noch zur Dokumentation der Aktion beitragen. Daß diese aber aus dem Zusammenhang gerissen wurde, wollten wir eigentlich vermeiden.

Genug geschrieben; wir sehen uns alle am Montag auf der Anti-Hauptstadt-Demo.

Wenn ihr eure Texte weder im Inhalt noch im Ordner findet, haben wir sie für die nächsten Wochen aufgehoben, da einfach nichts mehr reinpaßt......

Inhalt

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

POTZBLITZ !!! Regierungssitz ...

Gegen ein Berlin der Reichen !

Tagtäglich erleben wir ein Medientheater, an welchen Ort die BRD-Regierung sich am besten aussitzen kann. Bonn, Berlin, Berlin, Bonn usw.. Alle, die meinen etwas in diesem Staat zu sagen zu haben, reden darüber. Die Regierungs- und Parteichefs, samt den meisten Wirtschaftsbossen sind für Berlin. Aber gerade die Menge an Regierungsfußvolk und Hinterbänkler wollen auf ihr ruhiges und beschauliches Bonn (Motto: Am Rhein ist es doch am Schönsten) nicht verzichten. Berlin ist vielen zu unruhig, zu aufmüpfig. Am 20.6. wollen die Herrschenden im Bundestag über den künftigen Regierungssitz abstimmen. Noch haben sie sich nicht entschieden - geben wir ihnen Entscheidungshilfe.

Umstrukturierung — Geisterbahn

Seit dem Fall der Mauer ist in der gesamten Stadt ein rasanter Umstrukturierungsprozeß in Gang. Die Mieten explodieren, MieterInnen und Kleingewerbe werden aus ihren alten Kiezen verdrängt. Die "neue Rolle Berlins" wird durch Konzernansiedlungen, wie Daimler am Potsdamer Platz, dem luxuriösen Aufmotzen der Friedrichstr., dem Ost-West-Handelszentrum am Moritzplatz, dem gesamtem Aufpolieren der Innenstadtbezirke propagiert. "Wir sind wieder wer", soll auf Kosten des untersten Drittels der Gesellschaft durchgesetzt werden. Dieser Prozeß hat dazu beigetragen, daß die Konkurrenz untereinander zugenommen hat, was zuerst und in aller Schärfe Frauen und ImmigrantInnen zu spüren bekommen. So haben die sexistischen und rassistischen Angriffe weiter zugenommen. Frauen und ImmigratInnen werden zuerst arbeitslos. Alleinerziehende Mütter finden keine keine Kita-Plätze oder können diese nicht bezahlen. Auch die Wohnungssuche erweist sich meistens als sexistisch/rassistischer Spießrutenlauf.

Damit sie diese Umstrukturierungen in aller Ruhe weiter durchziehn können und damit den Politiker, die diesen Zustand verwalten, keine Eier oder härteres an den Kopf fliegen, streben die Herrschenden für den Regierungssitz Berlin eine gehobene Sicherheitsstufe an. Berlin also nicht nur als Konzernmetropole, sondern auch als Bullenhauptstadt?

Der durch breiten BürgerInnenprotest beschleunigte Zerfall der "realsozialistischen" Staaten in Osteuropa und die Einverleibung der DDR, haben den nationalistischen Kräften der BRD Aufwind gegeben. Es kann ihnen nicht schnell genug gehen, ihre neue Großmacht Rolle auch international zur Schau zu tragen. Deutsche Soldaten sollen "unseren" Weltfrieden jetzt auch ganz weit vorne verteidigen. Als europäische Großmacht richten sich die deutschen Augen verstärkt gen Osten. Aus dem "historischem Bewußtsein" versteht sich die neue BRD-Großmacht als Statthalter deutscher Interessen in osteuropäischen Staaten. Die Forderung zweisprachige Straßenschilder in Polen und der Tschechoslowakei aufzustellen weißt den Weg in Richtung neuen deutschen Bodens. Für eine Großmacht mit solchen Plänen muß dann auch eine Hauptstadt samt

Also – daß hier im zentralen Bereich Wolkenkratzer hinkommen – da sind wir uns einig.

aba... bitte umblättern !

Regierungssitz her, die in ihrer langen Geschichte schon immer für Krieg und Unterwerfung stand. Berlin hat den Herrschenden durch seine lange Widerstandsgeschichte aber immer auch Bauchschmerzen bereitet. Schon im ersten Jahr seiner Hauptstadtzeit 1872 kam es in Folge von Spekulation und Mietwucher zu einem 4tägigen Aufstand. Wegen der Revolutionsereignisse 1918/19 mußten die Herrschenden erstmal nach Weimar flüchten.

Am 16./17.6.53 wurde in Folge eines spontanen Streiks gegen Normerhöhungen in Ostberlin der Ausnahmezustand verhängt und sowjetische Panzer gerufen. Ende der 60er Jahre brachte eine rebellierende Studenten- und Jugendbewegung vor allem auch in West-Berlin viele Denkweisen und Strukturen zum Einbruch. Anfang der 80er Jahre verunsicherte im Westteil der Stadt eine breite HausbesetzerInnenbewegung Senat und Spekulanten, so daß die Aufhebung des "Weißen Kreises" verschoben werden mußte. Im Oktober 1989 wollten viele in Ost-Berlin nicht den 40. Jahrestag feiern und brachten dadurch einen Stein ins Rollen. Nicht zuletzt wegen des Widerstandes gegen die IWF/WB-Tagung in Westberlin wird der Weltwirtschaftsgipfel 92 nicht in Berlin sondern in München stattfinden. Die "revolutionären 1. Mai" Demos sind ein weiterer Ausdruck eines aufmüpfigen Berlins.

Nun wollen sie Berlin zum Regierungssitz machen und scheinbar regt sich kein Widerstand. Viele Menschen hoffen darauf, daß Berlin dadurch nicht zur wirtschaftlichen Wüste wird, hoffen auf Arbeitsplätze oder größere Teile des Kuchens. Die Lobby's fast aller staatstragenden Kräfte treten für den Regierungssitz Berlin ein. Sie wollen mitplanen an der Neuordnung von oben. Bonzen, Bänker, Amtsschimmel, höhere Mieten, zerstrukturierte Stadtteile ...
So stellen sich die Planungen für den Großteil der Bevölkerung dar. Dagegen hilft nur, sich jetzt gegen den deutschen Größenwahn wehren, die Frage um den Regierungssitz ist nur ein Teil darin, geben wir ihnen Entscheidungshilfe.

Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Regierung und deren Sitze.
Mit Lust und Witz gegen den Regierungssitz !

DEMO gegen Umstrukturierung und Haupstadtwahn

Montag 17.6.91 18.00 Marheinekeplatz

U Gneisenaustr.

visdp: Hans Daniels, Godesberger Str. 1/33

POTZBLITZ !!! Regierungssitz ...

Gegen ein Berlin der Reichen !

HAUPTTSTADT NACHSCHLAG

Der letzte Tatort mit Schimanski - da war die VV zur Vorbereitung der Demo gegen Berlin als Regierungssitz am 17.6. wohl nur zweite Wahl.

Trotz der zuvor erlebten Zustimmung zu einer solchen Demo blieb das erste konkrete Vorbereitungstreffen nur schwach besucht <etwa fünfzig Leutchen>.
Dennoch gab es unterschiedliche Einschätzungen, z.B. über die Größe der Demo. Genannt wurden zwischen 500 <wie bei der letzten Kiezdemo "wir bleiben in SO 36) und 10.000 (wie bei den letzten 1.Mai-Demos). Durch die kurzfristige Vorbereitungszeit bleibt nur noch eine Woche, die verstärkt zum Plakate kleben und Flugblätter verteilen genutzt werden soll, (abzuholen im EX) sowie den sonstigen beliebten Möglichkeiten der Informationsverbreitung, die noch laufen können. Macht auf den noch stattfindenden Veranstaltungen (Lateinamerikatage etc.) kräftig Werbung für die Demo am 17.6.!

In der VV-Diskussion wurde zwar die Knall-auf-Fall Mobilisierung kritisiert, aber auch als ein möglicher Anfang zu einer verstärkten autonomen Einmischung in die laufenden Planspiele zur Zukunft Berlins als Stadt der Reichen eingeschätzt. Während Entscheiungen, auch über uns fallen, haben wir uns verkrochen. Dabei ist es an der Zeit, aus dem Schneckenhaus hervorzukommen: Ihr Haupttstadtgedöhns ist nur ein Teil, allerdings ein Wichtiger im permanenten Umstrukturierungsprozeß. Und wenn wir unseren Widerstand nicht einmal zu einer so umstrittenen und kontrovers diskutierten Planung hinkriegen, wie sollen wir uns dann im Kampf gegen die schleichende und langsame Umstrukturierung aufeinander beziehen können? Eine starke Demo gegen ihre Haupttstadtpläne ist sicher auch ein Auftakt gegen Olympia.

Noch ein paar Technics:
Als Demoroute wurde vorgeschlagen: Marheinekeplatz, Bergmannstr., Mehringdamm, Hagelberger, Großbeeren, Stresemann, Hedemann, Friedrich, Koch, Otto-Grotewohl, Leipziger, Friedrich, Unter den Linden, Marx-Engels-Platz.
Die Demoroute wurde so ausgewählt, daß es im ersten Teil durch den Kiez in 61geht, dann an der Treuhand vorbei und schließlich durch Friedrichstr. und Unter den Linden, als augenscheinliches Beispiel ihrer Haupttstadtambitionen in Stadtmitte.
Und denkt dran: Nach dem 17. Juni will sich Berlin mit der KSZE-Tagung als Haupttstadt empfehlen.

Der letzte Stand der Mobilisierung wird diskutiert auf der

VOLLVERSAMMLUNG am Sonntag, 16.6. um 19.00 Uhr im Mehringhof, Versammlungsraum.

Ansonsten bis zum Montag auf dem Marheinekeplatz.

UND AUS DEM CHAOS SPRACH EINE STIMME ZU MIR:
LÄCHLE UND SEI FROH DENN ES KÖNNTE SCHLIMMER KOMMEN
ICH LÄCHELTE UND WAR FROH - UND ES KAM SCHLIMMER

Die Übriggebliebenen des 1.Mai-Plenums wollen hiermit noch ein paar Sachen zum 1.Mai sagen, besser spät, als gar nicht.
Dies wird keine runde Analyse, sondern es sollen einzelne Widersprüche benannt werden die bei der Vorbereitung auftraten. Im Wesentlichen soll es dabei um, erstens, das Verhältnis "der Bewegung" zum 1.Mai und zweitens um "unser" Verhältnis zu ausländischen, ML-geprägten Gruppen gehen.
In diesem Papier ist von "uns" als "der Bewegung" die Rede. Wir wissen, daß das so nicht richtig ist; "die Bewegung" gibt es in dieser Form nicht. Aber es gibt trotzdem diejenigen, die radikale Opposition in dieser Stadt sind und dementsprechend eingreifen wollen, die sind mit "wir" gemeint.

WAS WOLLEN WIR MIT DEM 1.MAI?

Wir haben den Tag für uns in Beschlag genommen, mit einer ganz großen Bandbreite von Vorstellungen, was sein sollte. Andere sind anscheinend dabei, den Tag ganz fallen zu lassen.
In diesem widersprüchlichen Brei ist anscheinend Platz für vieles.
Es ist schwer einzugrenzen, was wir an diesem Tag wollen, wofür wir verantwortlich sind und wofür nicht. Wir wollen alles mögliche von diesem Tag und Spaß machen soll es auch noch: Demo, Fest, gegebenenfalls Randale. Das alles mit Inhalten und Spontaneität (also dem Gegenteil von "sinnentleertem Ritual"). An diesem Tag versammeln sich nicht nur die verschiedensten Leute und Gruppen bzw. Erfahrungen und inhaltliche Schwerpunkte, die dann eingebracht werden oder auch nicht. Der Tag ist auch überfrachtet mit Ansprüchen und Erwartungen. Die andere Seite der Erwartung ist die Resignation: Weil mensch weiß, daß es nicht so schön wird, wie mensch das will, kippt die Stimmung ins abgegessene: Da wird das Ritual angeprangert, werden die Inhalte gesucht und nicht gefunden, die Vorbereitung zum Funktionärshaufen und die Demo zur Horde erklärt, die randalierend durch den Friedrichshain zieht. Nach dem Motto: Der 1.Mai wird mindestens so schlimm, wie ich oder wir momentan drauf sind. Besser, wir delegieren das Problem an ein paar Bewegungstrottel, die Vorbereitungsgruppe. Tja und dann, am 1.Mai mittags sind so ziemlich alle da. Weil, so ganz aufgeben wollen wir dieses Terrain ja nicht. Es gibt ja viele Gründe, und nicht mehr, aber auch nicht weniger...
Wir als Vorbereitungsgruppe waren auch nicht in der Lage, diese Gründe treffsicher zu benennen und die Diskussion auf den Punkt zu bringen. Wir konnten da einiges aufzählen, und das war auch erstmal ok. so. Aber es blieb schon recht allgemein; da konnten alle ihr Ding reinprojezieren, je nach Stimmung (die wir als mau mitgekriegt haben, dementsprechend mau erschien uns das Verhältnis zum 1.Mai).
Mit Großereignissen haben wir anscheinend Probleme; es ist nicht so ganz einfach, die eigene Subjektivität mit den politischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten bei solchen Veranstaltungen ins Verhältnis zu setzen; jedenfalls nicht wenn es unsere Veranstaltungen sind.
Der 1.Mai ist ein Versuch, über die eigenen Bewegungsgrenzen hinaus mit sehr vielen Menschen Protest und Widerstand auf die Straße zu bringen. Und für das, was über unsere Szenegrenzen hinausgeht, haben wir sehr unterschiedliche Maßstäbe und Kriterien.
Der 1.Mai als Kampf- und Feiertag findet überall auf der Welt, auf sehr unterschiedliche Art und Weise seinen Ausdruck. Je nach dem, welche Ansprüche von Bewegungen oder Parteien bzw. Organisationen gesetzt werden, in welchem Widerspruch diese Ansprüche zu den jeweils herrschenden Gesellschaftsverhältnissen stehen, gibt es stärkere Revolten oder andere Arten von Demonstrationen und Feiern. Sie sind Ausdruck eines jeweils aktuellen Bezuges zum 1.Mai. Und das ist der Kern dessen, was wir nicht klar hatten, unser aktueller Bezug zum 1.Mai.

DIE VORBEREITUNG ALS SPIEGELBILD

In der Vorbereitung zum
diesjährigen 1.Mai kam es hin und wieder zu stark kontroversen Dikussionen, die erahnen lassen, was an Konfliktbewältigung noch vor uns liegt.
Selbstverständlich war es nicht zu leisten, alle Konflikte zu klären, eine gemeinsame Position zu entwickeln, aber darum geht es ja auch

nicht. Trotzdem meinen wir, daß es genug "Zündstoff" für eine Diskussion gegeben hat, die wir auch weiter führen wollen. Es geht uns nicht darum "etwas glatt zu bügeln", denn damit würden wir in einer Phase der Stagnation münden, die mehr Frust bringt, als wir verkraften können. Auch um dies zu verhindern, finden wir es wichtig, einige wesentliche Widersprüche, mit denen wir konfrontiert waren, zu veröffentlichen.

– So ziemlich am Anfang der Vorbereitung brachten Genossinnen und Genossen aus O-Berlin ein, daß sie "etwas eigenes machen" wollten.

Sprüche wie zb. "O-Platz kippen", "zwei Demos"(eine Ost, eine West), "wollen eigenständig mobilisieren, um zu sehen wie stark wir sind", "es geht um unsere Identität", "die Kreuzberger haben einen gewissen Stil der Vorbereitung, berufen sich auf eine vierjährige Tradition, für uns bleibt da nur noch mitspielen oder garnicht"– waren auf der Tages- bzw. Abendordnung. Das keine zwei Demos zustandegekommen sind, lag nicht an der argumentativen "Schlagfertigkeit" derjenigen, die darauf bestanden gemeinsam zu gehen, sondern einzig und alleine an dem Fakt, daß diese GenossInnen es praktisch nicht umgesetzt haben. Was bleibt ist zunächst das Gefühl, daß irgendetwas nicht Stimmt zwischen uns. Denn diese Empfindungen und Eindrücke sind dann auch nicht weiter in der Vorbereitungsgruppe diskutiert worden.

Wir kommen aus sehr unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen, gerade auch im Umgang mit dem 1.Mai. Obwohl im Ansatz per Deklaration darauf hingewiesen wurde (siehe Aufruf) ist es natürlich unmöglich davon auszugehen, daß nunmehr, sozusagen per "Fingerschnipp" alle gemeinsam mit einer gut vermittelten, unterschiedlichen Geschichte, unseren aktuellen Bezug zum 1.Mai klar haben. Wir haben in der Vorbereitung über diesen Punkt nicht weiter gesprochen, obwohl wir wußten, daß wir gerade in Berlin in der nächsten Zeit damit zu tun haben werden. Wir meinen aber, daß es sich hierbei nicht nicht unbedingt um den immer wieder schnell und lax herbeizitierten Konflikt zwischen "Ossis" und "Wessis" handelt. Dieses Problem wird immer wieder dort auftauchen, wo der Widerspruch zwischen allgemein formuliertem Anspruch an Gemeinsamkeit (gemeinsam sind wir stark) und einer nicht so gemeinsamen politischen Praxis im Alltag zu finden ist.

Was die GenossInnen aus OB eingebracht haben, ist ein wichtiger Indikator dafür, wie wenig wir uns vermitteln, wie wenig wir voneinander wissen, wie wenig wir uns mit kontinuierlichen, praktischen Projekten, in denen wir uns treffen und vermitteln können, auseinandersetzen. Anstatt neurotisch die nächste Möglichkeit für eine Massenmobilisierung abzuwarten, wäre es progressiv, über Zukunft, über unsere Träume zu Sinnen um zu sehen, wie denn solche Projekte aussehen könnten.

Nachdem das wir eine gemeinsame Demo angehen wollten, gab es dann die nächste heftige Auseinandersetzung um die Route.

Bei der Routendiskussion ging es um verschiedene Ost- und Westvarianten und darum, welche Wichtigkeit da Kreuzberg 36, der Stadtteil, in dem AusländerInnen am besten vertreten sind, in der Route hat. Bei diesen Diskussionen, von wo nach wo, sah sich eine türkische Gruppierung außen vor. Sie hatten den Eindruck, daß sich hier Ost- und Westdeutsche auf Kosten der AusländerInnen zusammentäten. Der Vertreter der Gruppe sagte, für sie seie der Zusammenbruch der DDR letztendlich katastrophal gewesen, wegen dem deutschen Imperialismus und Rassismus, mit dem sie es jetzt ganz anders zu tun hätten. Zusätzlich hatte er das Mißverständnis drauf, die Leute aus Ostberlin mit den dortigen Bürgerbewegungen zusammenzuschmeißen. Die Situation löste sich vorläufig auf, als festgelegt wurde, das die Demo wie gehabt 13.00 UHR O-Platz losgehen würde. Wir als Deutsche (das sind wir dann nämlich, ob wir wollen, oder nicht) müssen im Kopf haben, daß unsere Versuche, "Ost" und "West" ins Verhältnis zu setzen, ganz böse Eindrücke bei ausländischen GenossInnen hinterlassen kann. Die Zusammenarbeit mit ausländischen Gruppen, die sich politisch im Widerstand organisieren, ist für die Leute aus Ostberlin eine neue Sache, da es dort praktisch keine ausländischen, oppositionellen Gruppen gab. Auch für WestberlinerInnen ist es eine Sache, wo mehr kontinuierliche Zusammenarbeit nötig wäre (die nicht nur dadurch entsteht, das mensch sie will).Eine ganz andere Frage ist die nach der fehlenden Beteiligung von Frauen bzw. Frauenzusammenhängen an der Vorbereitung (drei Viertel der im Plenum anwesenden waren Männer). Auch eine Kritik oder Teilnahme an der Diskussion zb. in der Interim blieb weitgehend aus. Wir stehen dem etwas ratlos gegenüber. Uns ist zb. nicht klar, inwieweit das nicht nur ein Problem des Ob und Wie in gemischten Zusammenhängen (und das 1.Mai-Plenum hebt sich gewiß nicht

positiv von anderen Zusammenhängen ab) ist, oder ob es eine Frage dessen ist, was da diskutiert wird, der 1.Mai. Wenn der 1.Mai Spiegelbild von revolutionärer Opposition sein soll, sind Frauenpositionen daraus nicht wegzudenken; sie waren darin auch schon mal stärker präsent. Dieses Jahr wurde im Vorbereitungsplenum die Frage gestellt, ob der 1.Mai eine Veranstaltung für weiße Männer sei.

"FREIHEIT VON AGITATION UND PROPAGANDA" - PROPAGIERUNG VON STALIN

Wir sind in der Vor- und Nachbereitung der Demo öfter mit einer türkischen Gruppe, Bolshevik Partizan (können wir so benennen, weil sie als solche in Flugblättern dazu auch Stellung bezogen haben) aneinandergeraten. Der Punkt war, daß gesagt wurde, daß keine Propagierung von Stalin auf der 1.Mai-Demo stattfinden soll, und das wir uns auch für berechtigt hielten, dies gegen einen kleinen Teil in der Vorbereitung, besagter türkischer Gruppe, so festzustellen.
Wir haben uns dafür zuständig gefühlt (auch wenn die Debatte in der autonomen Szene über Stalin lücken hat). Aufhänger für diesen Streit war die Diskussion mit der R.I.M.: Geht es hier nur um den Lautsprecherwagen, den die R.I.M. uns unverschämterweise aufdrücken will bzw. um Erfahrungen mit dem sektiererischen, verantwortungslosen Verhalten bei Aktionen, oder ist es uns auch wichtig, daß sie Stalin (eingerahmt von anderen Heiligen) auf die Demo mitschleppen? Geht es um technische Verantwortung a'la Lautsprecherwagen, oder ist es auch eine Frage dessen was da politisch verbraten wird? Ist das Verhalten der R.I.M. einfach eine besondere Form von Gruppenegoismus, oder steht es im Zusammenhang mit ihrer Ideologie? Bolshevik Partizan hat dann auf der Demo Stalin auf Transpis mitgetragen und wollte auch in einem Redebeitrag auf ihn Bezug nehmen. Wir hatten vorher mit ihnen abgesprochen, daß sie einen Beitrag zur Türkei und Nordkurdistan auf Türkisch und auf Deutsch, 2 x 5 Minuten, halten. Stattdessen kamen sie dann auf dem entsprechenden Treffen einen Tag vor der Demo mit einem türkischen Teil an, der den Absprachen wohl entsprach und einem deutschen Teil, der dann ganz anders war: Überschrift war "Sozialismus oder Barbarei" und mit Sozialismus war ausdrücklich auch der Sozialismus Stalins gemeint. Der Beitrag war in etwa eine Selbstdarstellung ihrer politischen Linie; Türkei und Nordkurdistan war nicht Thema.
Wir haben diesen Beitrag abgelehnt, somit gab es keinen längeren ausländischen Beitrag auf der Demo.
Die Gruppe war natürlich stinksauer, zu dieser Art von Eingriff hätten wir kein Recht, wir seien nicht das autonome Z.K. (sind wir ja auch nicht), sie könnten in ihrem Beitrag, der ihnen garantiert worden sei, schreiben, was sie für richtig halten (von irgendwelchen Absprachen vorher wollten sie nicht so viel wissen).
Auf einem Flugblatt, das schon bei der letzten VV vor dem 1. Mai (also bevor der Redebeitrag bekannt bzw. abgelehnt worden war) verteilt wurde, beschimpft dann Bolshevik Partizan jeden Versuch, die Propagierung von Stalin zu verbieten oder einzuschränken als reaktionär, antikommunistisch und antidemokratisch. Uns wird ein opportunistisches Verhältnis unterstellt (nämlich vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des Ostblocks auf einmal den Antistalinismus rauszukehren, den wir vorher latent auch schon draufhatten; gemeint sind Westautonome); darüber lohnt es sich, zu diskutieren.
Nicht diskutieren wollen wir über Vorwürfe wie "antidemokratisch"; dieser Demokratiebegriff ist vor dem Hintergrund der 30er Jahre in der SU, als KommunistInnen und NichtkommunistInnen massenhaft ermordert wurden, schlicht und ergreifend absurd. Da wird der Ernst des Problems unterschlagen.
Bei der Nachbereitung kam es wieder zum Konflikt mit Bolshevik Partizan. Es ging zunächst um unser Verhältnis zur R.I.M.. Bolshevik Partizan findet das praktische Vorgehen der R.I.M. ebenfalls unmöglich, verurteilt aber unsere politischen Eingriffe in die Freiheit der Agitation.
Wir haben dann irgendwann das Gespräch über die RIM mit BP abgebrochen, es drehte sich nur noch im Kreis. Da das ihnen wichtige Thema eben unsere Ablehnung der Propagierung Stalins war, haben sie diesen Gesprächsabbruch als Ausschluß mitbekommen (das Wort Ausschluß ist auch einigen von uns, denen es zu bunt wurde, über die Lippen gekommen, genau das wollte BP auch hören). Das Wort Ausschluß ist erstmal ein moralischer Klopper, der die Diskussionsproblematik verschleiert.
Was wir noch ziemlich hart finden, ist die Art und Weise, wie an unser internationalistisches Gewissen appeliert wird. Es wird aus ihrem Status als ausländische Gruppe heraus nochmal bekräftigt, daß ein Eingriff in die Freiheit der Agit. Prop. auch ein schwerer

Angriff gegen die internationale Solidarität sei; dies vor dem Hintergrund eines sich steigernden Nationalismus und einer zunehmenden Faschisierung der Gesellschaft. Grob finden wir das deshalb, weil es ein taktischer Umgang mit internationaler Solidarität ist. Wenn wir massive Probleme mit Stalin haben, ist es erstmal egal, welcher Herkunft diejenigen sind, die ihn hochhalten. Da die grundsätzlichen Unterschiede anzulegen, hieße, die betreffenden ausländischen Gruppen oder Menschen nur teilweise ernstzunehmen, nämlich nur soweit, wie wir sie nett finden, und, wenn es haarig wird, sich rauszuziehen. Solidarität ist ja nun kein Selbstbedienungsladen.
Wir probieren mal, das Problem allgemein auszudrücken: Worum es uns nicht gehen kann, ist, uns an einem allgemeinen Feldzug gegen Marxismus Leninismus zu beteiligen, auch wenn wir keine MLerInnen sind. Uns geht es um die Rolle Stalins, und das Problem ist, daß für viele, gerade ausländische Gruppen mit der Kritik an Stalin bzw. Antistalinismus die Demontage des Kommunismus anfängt. Das auch, wenn sie nicht so autoritär ("stalinistisch") sind, wie mensch sich vielleicht MLerInnen vorstellt. Die Frage ist, wie wir mit solchen Gruppen umgehen.
Wie sieht ein (internationalistisches) Verhältnis zu solchen Gruppen aus?
Da sagt Bolshevik Partizan, daß die "Freiheit von Agitation und Propaganda" ein revolutionäres Prinzip sei, und das es uns nichts angehe, was andere auf ihre Transpis malen. Wir sehen das anders, es gibt da Schmerzgrenzen.

"STALINISMUS"BEGRIFF

Bei der Diskussion am Stichwort Stalinismus stellte sich heraus, daß dieser Begriff sehr unterschiedlich gehandhabt wird. Die einen verbinden damit ihre konkreten Lebenserfahrungen in der DDR. Andere argumentierten eher aus der Sicht eines globalen, historischen Kontext heraus. Einige der ausländischen Gruppen verkündeten, sie hätten einen ganz aktuellen, praktischen Bezug zu Stalin, dies entspräche ihrer Ideologie, ihrem Selbstverständnis im antifaschistischen und antiimperialistischen Widerstand.
In dieser Diskussion wurde nicht nur deutlich, daß wir im Zusammenhang mit dem Begriff "Stalinismus" aneinander vorbeireden, sondern, daß es auch sehr schwierig war, ein praktisches Zusammengehen von Gruppen mit sehr unterschiedlichen Bezugsfeldern, auch inhaltlich zu garantieren.
Welche konkreten Bezugspunkte haben z.b. ausländische Gruppen in Westberlin, die sich politisch organisieren, um in der Metropole Widerstand zu leisten und sich dabei als Stalinisten verstehen?
Ein anderes Problem war, daß in den oben genannten Auseinandersetzungen von vielen Seiten der Begriff "Stalinismus" auftauchte, der eigentlich zweifelhaft ist. Bezieht sich das auf stalinistische Strukturen (wie sehen die aus?), bezieht sich das auf eine bestimmte historische Phase, bezieht sich das auf bestimmte Sicht- oder Herangehensweisen, oder was? Und wie ist das mit marxistisch-leninistischen Gruppen zu diskutieren (die sagen im Allgemeinen, wir seien da einen bürgerlichen oder trotzkistischen oder revisionistischen Propaganda aufgesessen), wo endet das Gespräch, wo kann es beginnen, soll es das überhaupt? Dazu wollen wir Stellungnahme.
Und wir wollen nicht, daß die RIM und andere ML-geprägte Gruppen in einen Topf geworfen werden; zwischen dem konkreten Verhalten dieser Gruppen gibt es bedeutende Unterschiede. Positionen wie "Stalinismus" mit Faschismus zu vergleichen, finden wir auch falsch; auch das Argument, daß Stalin nicht gebracht werden könnte, weil wir jetzt mit den OstlerInnen zu tun hätten, ist wohl eher flach (tauchte in den Diskussionen in der Vorbereitung bei uns auf).
Die wichtige politische Frage, die wir heute zu klären haben, und das hat die 1. Mai Vorbereitung ganz besonders verdeutlicht, ist die Frage, wie es zu dieser gesellschaftlichen Struktur kam, die das eigentliche Wesen dessen ausmacht, was wir heute unter Stalinismus und – bezeichnenderweise – auch unter Neostalinismus verstehen. Denn daß das Wort "Stalinismus" auf einem Irrtum beruht und der ihm entsprechende Begriff "Periode des Personenkults" eine weitgehende Irreführung darstellt, ist im entfernteren Sinne ein Ergebnis auf das wir stießen bei unserem "aneinandervorbeireden". Selbstverständlich waren es nicht die individuellen Charaktereigenschaften Stalins, die die Schrecken der stalinischen Ära hervorbrachten, sondern es waren die politischen und ökonomischen Verhältnisse, die sich in komplizierten Prozessen nach der Revolution herausbildeten, die die Schreckensherrschaft eines Scheusals nicht nur ermöglichten, sondern dieses Scheusal als oberstes Endprodukt der Apparatschik-Hierarchie überhaupt erst erzeugten.

Skinheads töten Afrikaner

Gestern starb ein 28jähriger Schwarzer, den Skins am Ostersonntag aus einer Straßenbahn gestoßen hatten

Rechtsradikale überfallen Ausländer

Rassismus tötet! Stoppt die Gewalt!

Keiner schützt sie vor Gewalt

Wittenberge: Der junge Namibier Lucas Nghidinwa schwebt noch immer in Lebensgefahr

Wir empfinden Wut, Trauer und Angst angesichts der Welle von rassistischer und rechtsextremer Gewalt, die uns Schwarze bzw. alle Immigranten, Flüchtlinge und vermeintlich "nicht-arischen" Menschen seit dem deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß bedroht.

Für viele schwarze Westberliner blieb der Ostteil unserer Stadt daher auch nach der Maueröffnung unbekanntes Terrain, aus Angst vor Anpöbeleien und Übergriffen. Tägliche Übergriffe auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bestimmen inzwischen unseren Alltag. Von jugendlichen Skinheads dominierte Stadtteile sind für uns zu "Sperrgebieten" geworden, nächtliche S-Bahnfahrten sind ein Tabu. Dennoch sind viele von uns Opfer rassistischer Gewalt geworden. Fast jede/r kann von bedrohten und verletzten Freunden und Bekannten berichten.

Die rassistischen Morde an dem Pakistaner Mahmood Azhar in Westberlin (1990), an dem Angolaner Antonio Amadeu in Eberswalde (1990) und dem Mosambikaner Jorge Gomondai in Dresden (1991) sind dabei nur die Spitze eines immer größer werdenden Eisbergs von rassistischer und rechtsextremer Gewalt. Mit erschreckender Regelmäßigkeit werden Ausländer- und Flüchtlingswohnheime, polnische Touristen und schwarze Bürger überfallen, ohne daß die zuständigen Politiker zum Schutze der Betroffenen einschreiten. Angesichts der alltäglichen Bedrohung können wir nicht warten bis die deutsche Mehrheitsbevölkerung "gelernt" hat, mit den "Fremden", die hier inzwischen seit Generationen leben, menschlich umzugehen.

Wir fordern daher:

- umgehende Maßnahmen zum Schutz potentieller Opfer rassistischer Übergriffe, insbesondere von Flüchtlings- und Ausländerwohnheimen;
- sofortige und konsequente strafrechtliche Verfolgung der rassistischen Gewalttäter;
- kontinuierliche und die Interessen der Opfer wahrende Medienberichterstattung über die Vorfälle.

Wir rufen alle Menschen und demokratischen Institutionen in Deutschland dazu auf, durch aktiven Widerstand gegen die alltägliche rassistische Gewalt, unsere Forderungen nach universellen Menschenrechten und politischer Gleichberechtigung auch auf deutschem Boden durchzusetzen.

„Der Nigger soll auf die Knie"

Auf dem rechten Auge blind?

Immer häufiger überfallen rechtsradikale Schlägertrupps Ausländer auf dem Gebiet der früheren DDR. Doch die Polizei reagiert zögerlich und unsicher. Oder aber sie vertuscht

Weg mit dem AusländerInnengesetz! Keine Abschiebungen!

35jähriger Namibier in voll besetzter S-Bahn in Ost-Berlin durch Schläge verletzt

Fahrgäste klagen über rassistisches Verhalten von BVG-Mitarbeitern / Deutsche schauen weg

Sowjetischer Tourist in der Bahn niedergestochen

Liebe Benutzerin öffentlicher Verkehrsmittel,
lieber Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel,

U- und S-Bahnen sind Tatorte von Gewalt jeder Art. Diese Gewalt richtet sich gegen Menschen, die von den AngreiferInnnen als "undeutsch" beschimpft werden, vor allem gegen Menschen anderer Hautfarbe, Herkunft oder Sprache. Aber auch Angriffe gegen Frauen, Linke, Schwule und Lesben und gegen alle, die nicht "dazu" gehören nehmen zu. Das Ziel der zunehmenden Gewaltaktionen ist eine massive Einschüchterung dieser Menschen. Aus Angst wagen sich viele von ihnen nicht mehr auf die Straße oder in öffentliche Verkehrsmittel. Wir alle tragen die Verantwortung dafür. Solange wir uns nicht dazu verhalten, sind wir MittäterInnen.
Das Einschreiten der MitfahrerInnen bedeutet oft die einzige Möglichkeit des Schutzes für die Angegriffenen!

Bei fast allen Angiffen in U- und S-Bahnen gibt es MitfahrerInnen, die teilnahmslos zugucken oder einfach wegsehen. Dieses Nichtverhalten trägt mit dazu bei, daß die AngreiferInnen sich in Sicherheit wägen können, vielleicht sogar annehmen, daß die Gewalttaten mit Zustimmung eines Großteils der (noch) nicht betroffenen Anwesenden geschehen. Wir gehen noch immer davon aus, daß nicht alle Mitfahrenden mit den Angriffen einverstanden sind. Wir wissen aber auch, daß viele Menschen, sich aus Angst oder Unsicherheit nicht verhalten. In den meisten Situationen ist es möglich einzuschreiten. Wie Erfahrungen aus solchen Übergriffen zeigen, ziehen sich die AngreiferInnen in vielen Fällen dann zurück, wenn Außenstehende sich einmischen.

- **Nehmen Sie Kontakt zu anderen Mitfahrenden auf, durch Blickkontakte läßt sich meist sehr schnell feststellen, wer außer Ihnen auch nicht mit dem Treiben der AngreiferInnen einverstanden ist.**
- **Geben Sie lautstark und tatkräftig zum Ausdruck, daß Sie nicht einverstanden sind.**
- **In einigen Fällen kann es sinnvoll sein, die Notbremse zu ziehen. Die U-Bahn hält dann im nächsten Bahnhof. Die S-Bahn hält sofort auf der Strecke.**
- **Gehen Sie nicht weg, bevor klar ist, was mit den Angegriffenen und den AngreiferInnen weiter passiert. Halten Sie Kontakt zu den Angegriffenen.**

Wir alle tragen die Mitverantwortung für den Zustand dieser Gesellschaft. Wir dürfen den gewalttätigen Terror von rechts nicht tatenlos hinnehmen und müssen verhindern, daß er wieder gesellschaftsfähig wird.

Melden Sie Übergriffe beim
Antirassistischen Telefon: W-861 94 22,
Mo. 17.30-20.30 Uhr, Fr. 14.30-17.30 Uhr
oder beim Antifa-Info-Telefon: W-692 15 93
Sa. 16-20 Uhr

Wachsende Spannungen in Asylantenheim

FÜRSTENWALDE, 5. Juni (dpa). Die Spannungen im Asylantenheim Fürstenwalde wachsen. Dessen 281 Bewohner aus 46 Ländern fordern seit Tagen die Auszahlung von Essengeld. Um ihre Forderungen durchzusetzen, waren am Dienstag rund 80 Bewohner nach Potsdam aufgebrochen, wo sie bei der brandenburgischen Landesregierung vorstellig werden wollten. Bei Königs Wusterhausen konnten sie von Regierungsvertretern jedoch zur Umkehr bewegt werden.

In der Nacht zum Dienstag hatten Asylbewerber in dem Heim Türen und Fenster zerschlagen. Ein in derselben Nacht in einem Wohnblock ausgebrochenes Feuer wurde von der Polizei am Mittwoch als „schwere Brandstiftung" bewertet.

★ Rat + Tat
Info- und Stadtteilladen
Liebenwalderstr. 16
U - Bhf Nauenerpl.
1/65

Mo.-Fr. 14-18 Uhr Infoladen
Mo.ab 15 Uhr : Sozialhilfeberatung
ab 19 Uhr : Gesundheits - AG
Di.ab 14 Uhr : Sozialhilfecafe
Mi.ab 15 Uhr : Sozialhilfeberatung
Do.14-17 Uhr : AusländerInnenrechtsberatung
17-19 Uhr : Mietberatung
ab 19 Uhr : 'Rote Kapelle'
Fr.ab 14 Uhr : 'Kontaktwillige Alte'
16-18 Uhr : Antifa Wedding - Pankow
ab 19 Uhr : Food - Coop
Sa.ab 15 Uhr : Lesben / Frauentag
Am 2. Montag des jeweiligen Monats
ab 19 Uhr offenes Plenum

Kampf ums Bleiberecht

ERFAHRUNGEN EINER UNTERSTÜTZERINNENGRUPPE



Von der Abschiebung bedrohte Roma blockieren den deutsch-niederländischen Grenzübergang bei Aachen, Juni 1990

CHRONOLOGIE DER ROMA - AKTIONEN IN TÜBINGEN

Die Darstellung der Ereignisse beim Kampf der Roma gegen Abschiebungen schließt an die erste Chronologie (Radikal Nr. 142) an. Zum besseren Verständnis sollte sie mitgelesen werden. Ausführlichere Infos sind in den inzwischen 5 Dokus zum Kampf der Roma nachzulesen. Es gibt sie im INFO- CAFE TÜBINGEN, SCHELLINGSTR: 6, 7400 TÜBINGEN.

Am 16.1. 91 verließen die Roma Tübingen und kehrten in ihre Asylunterkünfte zurück.

2 Familien blieben in Tübingen und konnten in privaten und kirchlichen Räumen wohnen.

109 Romafamilien (ca. 450 Menschen) haben über eine Namensliste dem Innenministerium mitgeteilt, daß sie einen Duldungsantrag stellen wollen. Die Anträge müssen direkt bei den jeweiligen Ausländerämtern gestellt werden.

Das Innenministerium (Innenmin.) setzte für die Antragstellung eine Frist bis 24.1.91 und bis dahin konnten erst 6 begründete Anträge abgegeben werden. Alle anderen wurden in Kurzfassung mit der Ankündigung, daß die genaue Fluchtbegründung nachgereicht würde, abgegeben.

Dietrich von Moser, Oberregierungsrat im Innenmin. bleibt hart und will "nicht lange rumdoktern", gewährt keine Fristverlängerung für Nachreichungen von ausführlichen Begründungen. Die Roma sollten halt "mündlich auf den Ämtern" (ohne Dolmetscher) "ihre vita (Lebenslauf) erzählen". Damit wird klar, daß das Innenmin. zur alten harten Abschiebelinie zurückkehrt bzw. dabei bleibt.

Im Februar finden schon wieder Abschiebungen von Roma statt.

Die Ausländerbehörden weigern sich offensichtlich, die Lage in den Fluchtländern, aus denen Roma kommen, zur Kenntnis zu nehmen.

Mitte Februar formulieren Kirchenleute ihr "Bedürfnis nach Solidarität", tun aber nix oder nur auf Druck. Wir UnterstützerInnen springen ihnen hinterher und versacken in praktischer Unterstützungsarbeit.

Zu dieser Zeit werden die ersten Ablehnungen der neu gestellten Duldungsanträge von Roma bekannt. Sie sind auf Romanes gestellt worden, was mit dem Innenmin. vereinbahrt wurde (im Jan.91). Die Ämter lehnen aber die Anträge genau aus diesem Grund ab und bemühen sich nicht um eine Übersetzung.

Auch im Petitionsausschuß des Landtages werden Anträge von Roma "gnadenlos niedergebügelt".

Der Widerstand der Roma ist geschwächt, weil sie relativ isoliert, und durch die formalistische Antragsarbeit überarbeitet sind. Dazu kommt der Vertragsbruch des Innenministeriums. Reformistische Kräfte wie Grüne und SPD, kirchliche Sympathisanten lassen kein Wort und keine Taten für die Roma erkennen. So hat das Innenmin. leichtes Spiel.

Es beweist noch einmal die Notwendigkeit und Richtigkeit der direkten Aktion der Roma in Tübingen und des Drucks von unten überhaupt.

Am 19.3.91 erfolgt dann die erste Massenabschiebung von 92 Roma nach Jugoslawien. Fast alle waren an der Kirchenaktion beteiligt. Ca. 40 Roma können nur noch am Flughafen protestieren.

Die einzelnen Ausländerämter lehnen skrupellos die Anträge ab, das Innenmin. informiert nicht die Kirche bzw. den Oberkirchenrat, die Roma "dürfen" auch nicht "freiwillig" in andere Länder ausreisen.

Gleichzeitig beginnt die Denunziations- und Kriminalisierungskampagne gegen den Sprecher der Roma-Union von Ba-Wü. Jasar Demirov. Er soll als Schlepper tätig sein.

Die Medien greifen gierig die Gerüchte auf und verbreiten in den folgenden Wochen mit rassistischer Hetze gepaarte Diskriminierungen. Das Ziel ist klar: Ausschaltung von Demirov als wichtige Person der Organisierung der Roma. Damit soll die Selbstorganisierung und der Kampf der Roma in Ba-Wü zerstört werden.

Pfarrer Baumgarten aus Stuttgart, auch im AK-Asyl Ba-Wü tätig, mischt kräftig mit, um Demirov kaltzustellen.

Am 25.3.91 fahren ca. 40 Roma aus der CSFR nach Karlsruhe in die ZAST und wollen dort Asylantrag stellen. Die ZAST nimmt die Anträge nicht an, was auch gegen die Vereinbarung mit dem Innenmin. vom Jan. ist. Trotz einer einstweiligen Verfügung gegen Abschiebungen greift die Karlsruher Ausländerpolizei zu und schiebt gewaltsam fast alle 40 Roma noch in der selben Nacht ab. Die UnterstützerInnen und die Presse können dies nicht verhindern.

Anfang April werden die Anträge der drei zurückgebliebenen Romafamilien aus der CSFR doch angenommen. Die Abschiebung vom 25.3., nach Polizeirecht, war "nicht rechtsstaatlich", was natürlich hinterher niemand schert.

Die Roma werden im April wieder aktiv.

Nachdem die Besetzung der Kirche des Pfarrer Baumgarten in Stuttgart am 11.4. durch Denunziation scheiterte, besetzen sie am 12.4. das Gebäude des Oberkirchenrats in Stuttgart.

Sie verlassen nach Verhandlungen mit der Kirchenleitung das Haus. Die Kirche sagt (wieder mal) Unterstützung zu und bringt 4 Romafamilien in Kirchenräumen der Stadt Stuttgart unter. Andere können teils privat, teils bei der Roma-Union wohnen. Die Kirche will sich um die Asylantragsannahme kümmern und stellt einen Rechtsanwalt.

Bis heute (1.5.) hat sich faktisch nix ergeben.

Am 16.4. und 18.4. machen einige Roma-UnterstützerInnen eine Protestaktion am Stuttgarter Flughafen und im Landtag von Ba-Wü.

ANTIRASSISTISCHE ARBEIT
LINKSRADIKALER ANSPRUCH UND REALPOLITISCHE PRAXIS

Welche/r aus unserer Scene hat sich nicht gefreut, als die GenossInnen der RZ 1986 mit dem Anschlag auf das Ausländerzentralregister in Köln den Betrieb wochenlang lahmlegten, durch ihren Angriff auf die Ausländerpolizeibehörde in Hamburg wichtige Akten vernichteten oder als die verantwortlichen Schreibtischtäter Hollenberg und Korbmacher für ihre menschenverachtende Praxis bestraft wurden.

Welche/r stimmt den GenossInnen nicht zu,

- wenn sie schreiben, daß ihre Angriffe ein Beitrag sind, den Flüchtlingen den Raum zu verschaffen, daß sie nicht mehr staatlich reglementiert werden. "Aber dieser Angriff wird erst sinnvoll, wenn daneben Netze für die konkrete Unterstützung der Flüchtlinge aufgebaut werden, wenn eine subversive Praxis die Verhältnisse ändert" (RZ-Erklärung 86)
- wenn sie die autonome und sozialrevolutionäre Linke in der BRD auffordern, "die Flüchtlingsfrage aus einer antiimperialistischen Perspektive heraus aufzugreifen und zum Prüfstein antiimperialistischen Handelns auf verschiedenen Ebenen zu machen: "z.B. durch "Kampagnen gegen die Einschränkung der Aufenthaltsbedingungen und Lebensverhältnisse der Flüchtlinge" oder "Aktionen gegen Abschiebung von Flüchtlingen (z.B. auf Flughafen).

Welche/r aus unserer Scene hatte nicht Kritik an der konkreten Unterstützungsarbeit der Roma-Aktion. Kritik hagelte es im Bezug auf die fast ausschließlich "humanitäre" Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten, die als Sozialarbeit und autonomes "HelferInnensyndrom" bezeichnet wurde. Kritisch beäugt und beobachtet wurde, ob nicht doch die linksradikalen Positionen gegen eine reformistische Bündnisarbeit eingetauscht werden, vor allem dann, wenn noch Gespräche mit KirchenvertreterInnen stattfinden oder sogar gesucht wurden, ob nicht doch die "hart erarbeiteten" antipatriarchalen Positionen in der Zusammenarbeit mit männlich dominierten Organisationsstrukturen auf der Strecke bleiben.

Doch das Zusammenwirken dieser verschiedenen praktischen Ansätze, von denen wir uns eine Stärke versprechen, ist oft nur Theorie in unseren Köpfen und die Umsetzung fällt schwer.

In autonomen Flugis und Aufrufen spulen wir flugs die Theorien zum alten/neuen Antiimperialismus herunter. Wir analysieren die Ausbeutung der Menschen - v.a. der Frauen - im Trikont durch die reichen Industriestaaten des Nordens, die Zerstörung der Subsistenzwirtschaft, imperialistische Bevölkerungspolitik, die Rolle von IWF und Weltbank. Wir sehen, wie Millionen Männer und Frauen der Trikontländer zur Migration und Flucht gezwungen werden. Wir kämpfen gegen EG 92, die europaweite Verschärfung der Asylbestimmungen und gegen die Festung Europa. Auf Demos lassen wir die internationale Solidarität hochleben und propagieren die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen hier. Doch was auf dem Papier theoretisch gut klingt, erweist sich in der praktischen Unterstützung als schwierig. Die konkrete FLüchtlingsarbeit bringt die Konfrontation mit verschiedenen Problemen und Widersprüchen.

Die letzten vier Monate konkrete Unterstützungsarbeit von Roma-Flüchtlingen und ihren Aktionen hat uns wichtige Erfahrungen ermöglicht. Über die Aktion ist uns praktisch erfahrbar geworden, daß das polarisierte Schwarz-Weiß Bild und Denken viele Schattierungen hat. Diese Erkenntnis ist nicht ohne Widersprüche. Wir haben uns als UnterstützerInnen für die Besetzung der Kirche spontan zusammengefunden. Wir sind Männer und Frauen aus autonomen, feministischen, internationalistischen und ImmigrantInnen- und Flüchtlingszusammenhängen und Einzelpersonen. Wir konnten auf keine übergreifende Struktur mit gemeinsam erarbeiteten Positionen zu Asyl- und Flüchtlingspolitik zurückgreifen. Einzelne Zusammenhänge hatten sich jedoch schon unterschiedlich damit auseinandergesetzt. Als spontan entstandene Gruppe fehlte es uns an gemeinsamen Wissen zu Asylpolitik, Asylverfahrensverlauf (Weg von Antragstellung über Gerichte und Petitionsausschuß bis hin zur Abschiebung). Wir mussten uns teilweise erst einmal über die Bedingungen von Flüchtlingen hier und ihren alltäglichen Kampf gegen Behördenwillkür informieren.
Zunächst hatten wir alle Hände voll zu tun, um die materielle Versorgung der Roma zu gewährleisten. Durch die anfallende Arbeit fanden wir kaum Raum für Diskussionen, um eigene politische Initiativen und Vorgehensweisen zu entwickeln.

Mit der Unterstützung der Roma-Aktion wurden wir mit unseren Rassismen konfrontiert. Dazu einige Beispiele:
- sehr schnell begannen wir z.B. die Roma zu duzen.
- wir hätten früher die Bedingungen dafür schaffen müssen, daß die Roma ihre Versorgung selbst organisieren. Unsere "gut gemeinte" Versorgungshaltung beinhaltete Entmündigung und Abhängigkeit.
- Als unser Bioeintopf nicht ankam, merkten wir, daß auch wir so etwas wie Dankbarkeit erwartet hätten.
- während der Aktion haben wir bestimmte Ordnungsfunktionen gegenüber den Roma übernommen: Uns ist klar geworden, daß auch unsere verinnerlichten Werte und Normen dazu beigetragen haben, den Druck von staatlichen Stellen in abgemilderter Form weiterzugeben.

Die hygienischen Bedingungen hatten sich während der Aktion zugespitzt. Wir befürchteten, daß genau über diese Schiene (Durchfallerkrankungen, Seuchengefahr) die Räumung der Kirche durchgesetzt werden könnte.
Das Gesundheitsamt setzte durch seine Kontrollgänge (zweimal am Tag) die Normen, die an manchen Punkten sicherlich berechtigt waren, und benutzte uns als AnsprechpartnerInnen (Pufferfunktion)
In der Aktion waren wir mit Verhaltensweisen der Roma konfrontiert, die nicht immer in unsere idealistische Vorstellung einer sich wehrenden, unterdrückten Minderheit passte. Die Tatsache, daß Menschen auf unterster Stufe der sozialen Hierarchie stehen und seit Generationen größte Unterdrückung und Verfolgung erfahren, bringt sie nicht zwangsläufig zu dem "revolutionären" Bewußtsein und solidarischen Handeln, wie wir uns das manchmal vorstellen und wünschen. Die Hintergründe der sozialen Bedingungen und des Alltags in den Herkunftsländern der Roma waren uns unbekannt.
Die patriarchalen Familienstrukturen kollidierten mit unserem Anspruch, antipatriarchales Verhalten und Strukturen zu thematisieren und anzugehen. Wir waren unsicher, inwieweit wir als weiße EuropäerInnen ohne das notwendige Hintergrundwissen Kritik üben können, die nicht eurozentristisch ist.
Die Kontakte und Diskussionen mit den Roma liefen hauptsächlich über ein Gremium von Roma-Männern. Es war schwierig, eine kontinuierliche Struktur zu schaffen, die den Informationsaustausch, Koordination anstehender Arbeiten und Diskussion über weiteres Vorgehen ermöglichte. Ursachen waren die unterschiedlichen Formen bei den Roma, sich zu organisieren. Eine stark hierarchische Struktur führte zu zusätzlichen Schwierigkeiten, weil sie in Widerspruch zu unseren Vorstellungen von basisdemokratischer Arbeit steht. Die Organisation und die Diskussion der Roma waren für uns nicht immer klar und nachvollziehbar. Die hierarchischen und patriarchalen Strukturen, von denen auch unsere Zusammenhänge nicht frei sind, entsprachen nicht unserem politischen Selbstverständnis, stellten uns vor einige Fragen und führten zu z.T. heftigen Auseinandersetzungen: Es gab unter uns - d.h. zwischen Männern und Frauen - unterschiedliche Auffassungen, bei welchem Maß an patriarchalem Verhalten keine gemeinsame Arbeit mehr möglich ist. Frauen mußten sich individuell überlegen, ob und wann sie ihre Solidaritätsarbeit abbrechen. Wir können unsere Politikvorstellungen nicht zum alleinigen Maßstab für eine Zusammenarbeit machen, weil wir nicht die gleichen Bedingungen haben. Diese unterschiedlichen Ausgangsbedingungen sind Ausdruck rassistischer Gewaltverhältnisse, die wir uns bewußt machen müssen, da wir schließlich nicht außerhalb ihnen stehen.

STAAT, KIRCHE UND PARTEIEN

Unsere Unterstützung der Aktion der Roma verstanden wir als Solidaritätsarbeit, die den Inhalt und die Form von Aktionen der Roma nicht bevormundet oder funktionalisiert, sondern deren eigene Organisierungsansätze stärkt. Das war für uns eine Gradwanderung, weil wir immer wieder Gefahr liefen, die eigenen Vorstellungen, Einschätzungen und Inhalte auf die Roma zu projezieren oder als deren Positionen darzustellen (Interviews, Pressearbeit, Solierklärungen)
Kirchenchefs, staatliche Stellen, die SPD bis hin zu Parteifunktionären der Grünen betrieben ihre Politik auf dem Rücken der Roma. Sie versuchten offen, die Roma zu einer Distanzierung zu uns als Menschen aus dem autonomen und antifaschistischen Spektrum zu bewegen. Diese Spaltungsversuche liefen auf verschiedenen Ebenen ab:
Am Anfang durch die Kirchenleitung, die die Roma-Union eindringlich davor warnte, mit uns zusammenzuarbeiten, weil wir sie nur funktionalisieren würden.
Später dann auch durch Pfarrer Baumgarten, indem er für die Unterstützung seines AK-Asyl eine sichtbare Distanzierung der Roma-Union von den Autonomen zur Bedingung machte.
Am Ende der nach wie vor undurchsichtige Versuch des Innenministeriums von Ba-Wü, ebenfalls eine Distanzierung mit der Aussicht auf Zugeständnisse zu koppeln. Dieser bevormundenden Politik und den Spaltungsversuchen konnten wir während der Aktion nichts offensives entgegensetzen.
Wir waren während der Besetzung mit der Kirche als Institution, verschiedenen kirchlichen Gruppen und Einzelpersonen konfrontiert, und haben versucht, bestimmte fortschrittliche Teile einzubinden. Mit der spontanen Hilfe von Menschen aus der Kirchenbasis haben wir gute Erfahrungen gemacht, bei anderen Personen und kirchlichen Gruppen bedurfte es moralischer Appelle an das christliche Gewissen, um sie zum entsprechenden Handeln zu bewegen. Mit den Kirchenbonzen, die staatstragende Interessen vertreten, waren die Erfahrungen schlecht. Die unterschiedlichen Interessen der Kirchenleitung einerseits und die der Roma und UnterstützerInnen andererseits hatten ihre Auswirkungen auf die Art von Verhandlungen und den Umgang miteinander. Die Kirchenleitung wollte die Roma mit verschiedenen Mitteln aus der Kirche rausbewegen (Androhung polizeilicher Räumung, Entzug oder Verweigerung der materiellen Unterstützung, versteckte Zusammenarbeit mit dem Innenministerium, während sie sich nach außen hin als Vermittler darstellten).

Die Roma versuchten, die Kräfteverhältnisse realistisch einzuschätzen und erkannten, daß die Forderung nach Bleiberecht und Abschiebestop nicht generell durchzusetzen war. Das machte es notwendig, genau abzuwägen, mit welcher Taktik und mit welchen Bündnissen möglichst viele Zugeständnisse erreicht werden können. Vor dem Hintergrund der langandauernden Besetzung der Kirche und durch die gute Pressearbeit, die hauptsächlich von UnterstützerInnen geleistet wurde, konnte eine Sensibilität in der Öffentlichkeit erreicht werden. Presse- und Rundfunkarbeit und Solikundgebungen mit bis zu 1000 Menschen waren dafür ausschlaggebend, daß zumindest auf lokaler Ebene Diskussionen und Auseinandersetzungen in Gang kamen und die Kirche sich zum Handeln und den Verzicht auf eine Räumung gezwungen sah. Auch die Grünen und die SPD konnten nicht zu Abschiebungen schweigen. Sie versuchten, die Roma zum Verlassen der Kirche zu bewegen und ihre Aktion für ihre legalistische und parlamentarische Arbeit zu kanalisieren.

Dennoch hat uns der Verlauf der Aktion auch klar gemacht, wie wenig wir als UnterstützerInnen aus dem linksradikalen Spektrum alleine gesellschaftlichen Druck schaffen können, wie leicht es für kirchliche Stellen wie z.B. Pfarrer Baumgarten vom AK Asyl BA-Wü ist, ganz offen eine Distanzierung zu Autonomen zu verlangen. Solange das so bleibt, ist es nur verständlich, daß Flüchtlinge und ImmigrantInnen versuchen, über SPD, Grüne, Gewerkschaften und Kirche als BündnispartnerInnen ihre Forderungen durchzusetzen. Anhand der

Aktion der Roma haben wir eine Erfahrung gemacht, die unserer Einschätzung nach für die gesamte Flüchtlingsarbeit wichtig ist. Die Roma entwickelten ihre Forderung nach Bleiberecht nicht aus einer antiimperialistischen Analyse heraus, sondern aus konkret erfahrener Verfolgung. Als UnterstützerInnen waren wir für sie erstmal taktische BündnispartnerInnen. Unserer Meinung nach schafft erst eine internationalistische und antiimperialistische Sichtweise die Basis dafür, daß Spaltungsversuche nicht so leicht greifen. Wenn wir funktionalisiert worden sind, brauchen wir nicht aus allen Wolken fallen.

Über die Unterstützungsarbeit während der Aktion wurde uns die Kontinuität deutscher Geschichte und menschenverachtender, rassistischer AusländerInnen- und Asylpolitik deutlich vor Augen geführt: von der Ignoranz der Behörden gegenüber der Geschichte der Verfolgung und Vernichtung der Roma, bis hin zu den spezifischen Vorurteilen gegenüber "Zigeunern" und dem rassistischen Gedankengut großer Teile der hier lebenden Deutschen. Den Roma schlägt besonderer Haß und Verachtung entgegen, sie werden als der "Bettel und der Dreck der Straße" angesehen.

Innerhalb der UnterstützerInnengruppe entwickelte sich während der Aktion eine Dynamik, die Widersprüche aufbrechen ließ und Konflikte produzierte. Das resultierte mit aus der spontan entstandenen Zusammensetzung der Gruppe und daß wir vor der Aktion keine gemeinsamen inhaltlichen Diskussionen geführt hatten.

Der ständige Handlungsdruck während der Aktion verwischte zusätzlich die vorhandenen Unterschiede und unterschiedlichen Herangehensweisen. Er führte zu Ausgrenzungsprozessen, die wir zum Teil nicht bewußt wahrnahmen, oder die mit Zeitmangel entschuldigt oder hintangestellt wurden. Das ganze Geflecht der Konflikte läßt sich zwar theoretisch erfassen entlang von rassistisch, patriarchalen, hierarchischen Verhaltensweisen und persönlichen Konfliktgeschichten. Praktisch waren wir je nach Konflikt TäterInnen oder Betroffene/r. Die Flüchtlinge und ImmigrantInnen aus der UnterstützerInnengruppe zwangen uns durch ihre Kritik zur Auseinandersetzung mit unseren eigenen rassistischen Äußerungen und Verhaltensweisen. Wo wir uns doch so gerne von unserer antirassistischen Seite gezeigt hätten.

Wir Frauen kritisierten Männerdominanz und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Die einzige Immigrantin in der UnterstützerInnengruppe fühlte sich bei der Auseinandersetzung über Rassismus zwischen allen Fronten. Wir sind inzwischen zur Erkenntnis gelangt, daß die Norm in der Gruppe klar gesetzt war, und zwar durch den deutschsprachigen, gemischten, weißen Teil, der auch zahlenmäßig in der Mehrheit war. Den Flüchtlingen, die die deutsche Sprache nicht gut beherrschten, wurde nach und nach ihre politische Handlungsfähigkeit erschwert.

Zur Verdeutlichung nur stichpunktartig einige Beispiele:

Bei hitzigen Diskussionen wurde plötzlich nicht mehr oder ungenau übersetzt.

Im Streß bezogen wir uns eher auf Leute, bei denen schnell klar war, was zu tun ist.

Bei Presseerklärungen und Mitteilungen, egal ob schriftlich oder mündlich, war Redegewandtheit der Maßstab. Für diese ausgrenzende Arbeitsweise mußte immer der objektiv gegebene Zeitdruck herhalten.

Auch wir Frauen haben gegen Ende der Aktion festgestellt, daß das Handeln aus dem gemischten Zusammenhang heraus und die Tatsache, daß wir keine feste Gruppe waren, Auswirkungen hatte. Wir haben zuwenig überlegt, wie wir als feministische Frauen Kontakt zu den Roma-Frauen entwickeln können. Wir hatten zum Teil über den Besetzungsalltag viel mit ihnen zu tun, sahen aber keine Möglichkeit, uns separat mit ihnen zu treffen. Über die Familienstruktur hinaus gab es für uns keine sichtbare Struktur der Romafrauen. Als einzelne Frauen suchten wir zwar bewußt nach Anknüpfungspunkten, haben aber zu wenig überlegt, wie wir das gemeinsam machen könnten. Die massiven Sprachschwierigkeiten taten ihr Übriges. Der kurdischen Frau und der iranischen Frau aus der UnterstützerInnengruppe fiel das leichter. Ihr Erfahrungshintergrund, die besseren Verständigungsmöglichkeiten, wahrscheinlich auch eine andere Form der Kontaktaufnahme machten sie handlungsfähiger.

Insgesamt hatten wir UnterstützerInnen überhaupt keine eigenen Erfahrungen mit Aktionen, an denen so viele Kinder, Frauen und Männer teilnehmen. Das brachte uns ziemlich ins Rotieren. Den Frauen und Kindern machte die Last der Alltagsbewältigung unter diesen miserablen Bedingungen mehr zu schaffen wie den Männern.

Einem Teil "unserer Scene" war es nicht möglich, sich in die Aktion einzuklinken. Wir ernteten den Vorwurf des Aktionismus und daß wir unsere kontinuierliche politische Arbeit vernachlässigen würden. Zum Teil mußten wir Treffen absagen. Zum Teil war es auch nicht möglich, neben der intensiven Unterstützungsarbeit die Alltagsbeziehungen wie gewohnt weiterzuführen. Darüber waren einige sauer und enttäuscht. Eine Auseinandersetzung steht noch genauso aus, wie die Diskussion um den Stellenwert, die Wichtigkeit und Form antirassistischer Praxis als Bestandteil linksradikaler Politik.

FAZIT

Die herrschende Abschiebepolitik konnte durch die Romaaktion nur kurzfristig verzögert werden. Inzwischen wurden wieder Roma in ihre Herkunftsländer abgeschoben und dort weiter verfolgt. (Massenabschiebungen vom 19.3.91., auch von Roma aus der Stiftskirche, und die Abschiebung vom 25.3.91. in Karlsruhe, siehe Chronologie)

Darüberhinaus wird in den letzten Monaten der Versuch unternommen, von staatlicher Seite die Roma-Union zu kriminalisieren, indem ihr vorgeworfen wird, daß sie eine Schlepperorganisation sei.

Wir als UnterstützerInnengruppe arbeiten weiter und versuchen, die Flüchtlingsarbeit als festen Bestandteil unserer politischen Praxis zu verankern. Wir überlegen, wie wir dazubeitragen können, den politischen Druck zu erzeugen, der notwendig ist, um zumindest einen Abschiebestop zu erreichen. Aufgrund der Erfahrung, die auch Differenzen und Konflikte mit der Roma-Union offengelegt hat, müssen wir einen Weg finden, zwischen eigenständigem politischen Ansatz und einer Zusammenarbeit mit der Roma-Union.

Wir sind der Meinung, daß eine Linke, die glaubwürdig gegen Nationalismus, Großdeutschland und die europäische Formierung kämpfen will, sich dabei an ihrer antirassistischen Arbeit und ihrem Verhältnis zu den "Menschen 2.Klasse in der BRD" überprüfen lassen muß. Wie die GenossInnen der RZ in ihrer letzten Erklärung sagen: "nur so gibt es einen Gegenpol zur herrschenden Politik; antirassistische Initiativen als Voraussetzung für eine Widerstandsperspektive gegen Großdeutschland".

Wir müssen noch sehr viele Menschen hier für diese Ziele gewinnen, denn wir alle profitieren von den rassistischen und imperialistischen Strukturen. Es erfordert die Einsicht in die Notwendigkeit des Kampfes für Verhältnisse ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Wir müssen Privilegien abgeben, ohne daß wir es als Verlust empfinden.

Wir können keine schlüssigen Rezepte anbieten. Durch die Erfahrungen und unsere bisherigen Auseinandersetzungen mit Rassismus sind wir an dem Punkt, wo wir dazulernen müssen. Wir wollen unsere rassistischen Strukturen aufarbeiten, um sie zu verändern. Wir sehen den Kampf gegen Rassismus in Verbindung mit dem Kampf um unsere eigene Befreiung.

In der konkreten Arbeit mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen ist deutlich, daß wir nicht alle von den gleichen Ausgangsbedingungen aus kämpfen. Wir müssen uns über gemeinsame Ziele und Perspektiven und die Unterschiede auseinandersetzen. Dies wird nicht nur über die theoretische Diskussion möglich, sondern über die praktischen Versuche der Zusammenarbeit und der ständigen Reflektion und dem Eingestehen gemachter Fehler. D.h. für uns, Kontakte zu knüpfen und Beziehungen anzufangen, im Kampf gegen den alltäglichen Behördendschungel zu helfen, Alltag mit organisieren, Leute verstecken oder über die Grenze holen, heißt oft einfach Sozialarbeit zu machen. Das kann einer/m schnell über den Kopf wachsen und die Grenzen subjektiver Belastbarkeit erreichen.

Wir wollen keine ungleichgewichtigen Beziehungen zu ausländischen Menschen leben. Dazu gehört, daß wir unsere Metropolenfixiertheit hinterfragen. Z.B. geben wir als Weiße oft vor, wie und was an Zusammenarbeit laufen soll. Flüchtlinge und ImmigrantInnen fallen leicht raus, wenn wir zu schnell, zu unklar, starken Dialekt sprechen. Wir bringen ausländische Menschen dadurch in die Rolle, uns auf unsere Ausgrenzungsmechanismen hinweisen zu müssen. Dazu kommt, daß sich unser Politikverständnis oft von ihrem unterscheidet. Wir treffen uns meistens nur zum diskutieren und haben oft einen Date nach dem anderen. Durch eine kontinuierliche Zusammenarbeit können wir uns auch verändern.

Wir wollen die Erfahrungen, die wir in der über dreiwöchigen UnterstützerInnenarbeit für die Kirchenbesetzung der Roma in Tübingen und in den darauffolgenden Wochen gemacht haben, weitergeben. Über die spezielle Situation und den Verlauf der Aktion in Tübingen hinaus, haben andere UnterstützerInnengruppen sicher ähnliche Erfahrungen gemacht oder haben ähnliche Fragen. Wir wollen die Diskussion über antirassistische Arbeit als festen Bestandteil linksradikaler Politik mit verschiedenen autonomen/unabhängigen Flüchtlingsgruppen entwickeln. Auf dieser Basis streben wir eine Vernetzung von ImmigrantInnen/ und Flüchtlingsgruppen und Unterstützungsgruppen an. Bis dahin sehen wir noch einen langen Weg vor uns.

Schreibt uns eure Erfahrungen und Vorstellungen

UnterstützerInnengruppe Bleiberecht für alle Roma
Tübingen/Reutlingen

c/o Infocafe, Schellingstr. 6, 7400 Tübingen



Trauermarsch von Schwarzen am 9.6./Berlin

„35 000 Asylbewerbern droht Abschiebung"

FRANKFURT/MAIN, 5. Juni (dpa). Mehr als 35 000 Asylbewerber in der Bundesrepublik sehen dem 1. Juli mit Bangen entgegen: Wie die bundesweite Arbeitsgemeinschaft „Pro Asyl" am Mittwoch in Frankfurt/Main mitteilte, enden an diesem Tag Abschiebestopps, die den Bewerbern aus gesundheitlichen, humanitären oder anderen Gründen bisher gwährt worden waren. Sie müßten nun mit einer Ausweisung nach dem 1. Juli rechnen, sagte Sprecher Leuninger.

Die Arbeitsgemeinschaft „Pro Asyl", in der Menschenrechtsorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften zusammenarbeiten, legte Auszüge aus einem Bericht des Bundesinnenministeriums vom Mai vor. Nach diesen Unterlagen könnten aufgrund des neuen Ausländergesetzes die Länder generelle Abschiebestopps nur noch für sechs Monate erlassen.

Ausnahmen sollten etwa für chinesische Wissenschaftler, Studenten und Auszubildende, die bis zum 31. Oktober 1989 in die Bundesrepublik eingereist seien, gelten. Darüberhinaus gelte eine besondere Regelung für Äthiopier, Afghanen, Iraner, Libanesen und Palästinenser sowie deren Familien, die sich schon länger in der Bundesrepublik aufhalten.

Diskussionspapier von Männern aus der Roma- UnterstützerInnengruppe in Bochum

Der folgende Text ist ein Diskussionspapier von Männern aus der Roma-UnterstützerInnengruppe in Bochum, der inhaltlich mit dem Papier zum Verhältnis deutscher Männer und Roma-Widerstand, was wir in der letzten Ausgabe abgedruckt haben, in Verbindung steht, und die darin enthaltenen Gedanken weiterentwickeln will. Das vorliegende Papier bezieht sich darüberhinaus auf eine Diskussion innerhalb der UnterstützerInnengruppe, die das politische Ziel der Solidaritätsarbeit klären sollte. Wesentliche Gedanken waren dabei: "Verschwinden unsere politischen Ansätze in der Sozialarbeit?", oder: "Lernen wir aus der Konfrontation mit dem Roma-Widerstand, der ja auch gerade unsere Privilegien infrage stellt?".

Obwohl das Papier teilweise schwer zu verstehen ist, weil es zu abstrakt auf internes eingeht, drucken wir es hiermit ab, weil wir finden, daß es ein guter Beitrag für die Rassismus-Internationalismusdiskussion und der damit zusammenhängenden Solidaritätsarbeit mit Flüchtlingen und/oder MigrantInnen ist.

---

1. die folgenden seiten beziehen sich auf die "inhaltliche diskussion" in der bochumer roma-unterstützerInnen-gruppe anfang märz 91. es ist uns ein bedürfnis, diese diskussion nochmal aus der eigenen sicht abzuklopfen.

eigentlich müßte sie ja nicht das ziel einer gemeinsamen positionsfindung haben, sondern transparent machen, was alle zu praktisch wichtigen fragen denken. es ist uns nicht gelungen, so zu diskutieren, daß das jeweils deutlicher geworden wäre. trotzdem sehen wir einige anhaltspunkte.

2. ist der soziale kontakt zu den roma bedinmgung für weiße politik?

"unstimigkeiten" gab es vor allem hier. als pole stehen sich die vorstellung von einer von den "konkreten flüchtlingen" unabhängigen weißen politik gegen den metropolenstaat einerseits und die vorstellung von der notwendigkeit einer sozialen konfrontation andrerseits gegenüber.

wir verstehen den wunsch nach unabhängiger eigener politik so:

ein weißer widerstand gegen imperialistische politik wird sich immer von den kämpfen der "anderen" unterscheiden. weiße stehen in der verantwortung gegenüber allen flüchtlingen. sie haben kein recht, lobbyistisch zu sein. nicht mit jeder beliebigen gruppe von flüchtlingen können oder wollen wir aufeinander bezogen widerstand leisten (als assoziation: der iranische bomberpilot).

dazu genauer: wir denken, daß das spezifische eines weißen widerstandes gegen den metropolenstaat ist, daß er aus dem inneren der metropolengesellschaft kommt. wenn er tatsächlich widerstand sein soll, muß er einen bruch mit den sie umfassenden konsensen (oder wie der plural von "konsens" heißt) beinhalten. er muß das bündnis zwischen der überwiegenden mehrheit der metropolenbevölkerung und dem staat verstehen und nach stellen suchen, an denen es in frage gestellt werden kann, an denen leute aus diesem bündnis ausbrechen könnten.

wir stehen seit beginn der auseinandersetzung mit den roma in einer konfrontation mit einem rassistischen konsens in der brd. unsere "eigenen", selbst überlegten initiativen haben sich daran orientiert, über welche vorschläge andere und durch was wir selbst aus dem rassistischen konsens heraustreten.

ein solcher ablösungsprozeß irgendeiner deutschen minderheit aus einem metropolitanen rahmen ist als solcher lediglich moralischer und subjektiver "bruch". wir glauben nicht, daß es ein dauerhaftes heraustreten aus einem metropolenkonsens als selbstzweck geben kann, daß es eine perspektive hätte. dieses "heraustreten" gewinnt seine bedeutung ausschließlich in der abhängigkeit von kämpfen der "anderen".

internationale kämpfe haben zu antiimperialistischen reflexen in der metropole geführt. sie haben die chance geschaffen, daß unsere reflexe mit einer historischen perspektive von radikaler veränderung auf der welt verbunden sein könnten. der IMPULS ZUR VERÄNDERUNG geht ja nicht von den profiteuren aus, sondern von denen, die gegen ihre unterdrückung kämpfen und leben.

in vergleichbarer weise haben die kämpfe der roma während der letzten jahre zu einem reflex über den eigenen rassismus geführt.

radiklaler weißer widerstand gegen die metropole steht also in einem grundsätzlichen tiefen abhängigkeitsverhältnis zu den kämpfen anderer, solange rassismus eine zentrale unterdrückungsstruktur des imperialistischen patriarchats ist. eigener antirassismus kann sich ausschließlich in der konfrontation mit den "anderen" entwickeln. eigene definitionsinteressen, die spätestens seit beginn des kolonialismus gesellschaftliche veränderungen nur unter weißer (mit-)bestimmung erlauben, werden nicht aus uns heraus, sondern durch sie, die "anderen", angegriffen.

gerade in dieser konfrontation kann der unveränderliche ausgangspunkt eines weißen "antirassistischen prozesses" sichtbar werden. daß weiße nicht für roma funktionieren wollen - aus welchen gründen auch immer - entspricht der tatsache, daß sie es nicht KÖNNEN. daß die soziale konfrontation mit den roma bei der "hilfe gegen ämter" beginnt, entspricht völlig den jeweiligen ausgangspunkten. allein dies mit dem begriff "sozialarbeit" zu bezeichnen, schreibt das zur verfügung stellen eigenen wissens automatisch als weißen verwaltungsakt fest und trägt zur verhinderung anderer entwicklungen bei.

wer sich andererseits nicht als effizienter verwalter, sondern als guter hilfeleistender selbst in den mittelpunkt des geschehens rückt und auf diese weise die anderen zu von uns abhängigen erklärt, will von denen genauso wenig was lernen oder was kapieren. auf diese weise landet man schnell bei der optimalen erfassung irgendwelcher materieller notlagen als eigenem interesse.

am klarsten wird der zusammenhang zwischen eigenständigkeit und abhängigkeit weißer "flüchtlingspolitik" für uns bei folgender komrpimierter überlegung:

weiße politik braucht notwendig den bezug zu den kämpfen der "anderen", für ihre konkrete und historische perspektive. wie kann es ihr gelingen, sich auf diesen widerstand ohne soziale auseinandersetzung zu beziehen, wenn sie eine linke, rassistische geschichte hinter sich hat und lediglich über angriffe anderer zur in-fragestellung der eigenen geschichte gekommen ist? nur in der einen, eigenen, weißen interpretation und definition dieses widerstandes. nur im konsens der weißen systemopposition. wie anders?

3. "gefahren des sozialen kontakts"

gegen die bedeutung der sozialen konfrontation zwischen weißen und anderen sprechen die selektive und reduzierte form, zu der wir dazu in der lage sind, und in der die anderen mit uns zu tun haben wollen. dies ist das ergebnis der gegenseitigen sozialgeschichte. wenn roma uns zum ersten mal unter sich sehen, fragen sie, ob wir sozialarbeiter oder bullen sind. das sind die einzigen alternativen.

dazu gehört auch der eingegrenzte kanal zwischen roma und einer deutschen solidaritätsbewegung. deutsche machen daraus zwei verhaltensformen:

sie lehnen sich zufrieden über den selektiven kontakt zurück und sind mit der eingegrenzten kommunikation aus eigenen gründen einverstanden ("wir wollen auch nur mit denen oder denen was zu tun haben, weil da zumindest das oder jenes möglich ist").

sie stellen forderungen nach demokratischer repräsentanz: wenn wir was tun, dann nur für alle gleichzeitig, gleichmäßig, gleich viel.

gleichbehandlung ohne eine ahnung davon zu haben, wer mit wem inwiefern gleich ist, oder ohne eine auseinandersetzung darüber zu wollen, wer mit wem warum was zu tun hat, gemeinsam kämpft oder nicht, ist eben vor allem behandlung. wir können für uns nicht irgendwelche sozialen kontakte zu den anderen zufrieden institutionalisieren wollen. wir können genausowenig eigene fragwürdige vorstellungen von einheit formal und für uns eigentlich völlig gesichtslos als forderung an andere richten.

4. warum roma?

über die frage hinaus, welche roma wir denn überhaupt kennen lernen, hat uns die frage beschäftigt, warum wir überhaupt mit den roma und nicht mit irgendwelchen anderen flüchtlingen was zusammen machen, machen wollen.

diese frage stellte sich konkret daran, daß wir im zelt nicht nur roma, sondern auch leute aus ghana und rumänien kenngelernt hatten. niemand ist auf die idee gekommen, das in traditioneller politischer logik als ergebnis der eigenen bestimmung einer flüchtlingspolitik zu erklären. daß das gar nicht möglich war, wurde angesichts der fast ausschließlichen orientierung auf die roma aber auch zum problem: wie legitimieren wir das, war die frage.

bislang sind wir nicht mit einer flüchtlingsbewegung in den metropolen konfrontiert, die über den konkreten versuch hinaus, auf unterschiedliche weise ihre lebensperspektiven und kampfmöglichkeiten zu verteidigen oder zu verbessern, eine gemeinsame subjektivität vertreten würde. das macht die grundposition von weißen nicht falsch, darüber eine auseinandersetzung mit dem staat und mit der metropolengesellschaft zu führen, daß das möglichst viele flüchtlinge können.

es birgt aber die gefahr, daß die weißen ihr verhältnis auf dieses ziel "reduzieren", und verdrängt, daß sie allein es ohnehin nicht machen können/wollen.

die reduktion auf dieses ziel bedeutet, daß sowohl die geschichte weißer herrschaft und damit die frage nach ihrer legitimität, als auch die geschichte des widerstandes der anderen und damit der nachweis seiner berechtigung bis heute keine rolle mehr als inhalt des konkreten kampfes spielen.

die jeweils unterschiedlichen subjektivitäten von anderen sind im gegensatz zur "antiimperialistischen flüchtlingspolitik" wiederum voller konkreter historischer widerstandserfahrungen gegen weiße herrschaft. sie fallen dann nicht unter den tisch einer antirassistsichen weißen position, wenn sie wahrgenommen werden wollen, und nicht zu gunsten einer politischen konstruktion "flüchtlinge und wir gegen den metropolenstaat" verdrängt werden.

das ist für uns der kern der auseinandersetzung in hamburg zwischen roma und der gruppe "grenzen auf", die im arbeiterkampf dokumentiert war.

wenn die interessen von flüchtlingen untereinander verschieden sind, ist es nicht unsere aufgabe, sie zu vereinheitlichen. wir können unsere eigene position vertreten, z.b. daß wir offenen grenzen wollen. das müssen wir dann für uns begründen, und wir selbst müssen was dafür tun, die grenzen zu öffnen. das ist opraktisch ohne einen verbindlichen bezug zu den anderen, die voneinander verschieden sind, unvorstellbar. der kampf um das bleiberecht der roma kann deshalb nicht zu einer alternative zu unserer position ("offene grenzen") werden: ganz im gegenteil, die roma wollen von ihrer position aus für sich offene grenzen durchsetzen, und wir können uns an diesem kampf beteiligen. wir können diesen konkreten kampf mit seinen dimensionen in eine konfrontation unter weißen umsetzen.

die roma führen ihre staatenlosigkeit als begründung für die legitime forderung nach bleiberecht an, welches ja das recht zu gehen einschließt. daß sie das können, verstehen wir als ergebnis ihrer verfolgungs- und widerstandsgeschichte: der weißen herrschaft ist in jahrhunderten weder ihre vernichtung noch ihre integration gelungen. roma sind offensichtlich in ihrer überwiegenden mehrheit nicht vor allem als staatsbürger definierbar, behandelbar, und sie leben dennoch in europa. genau das macht eine krise der staatlichen "neuen flüchtlingspolitik" aus, die mit der "rückführung" vorgibt, weiße staaten seien bereit, fähig und in der lage, die roma zu integrieren. paradoxerweise ist es gerade die krise alter und die entstehung neuer nationalstaaten in der region, die dieses ideologische projekt günzlich fragwürdig werden läßt.

das ist vor allem eine selbstkritik. und wir haben in dem aktuellen kampf der roma das interesse, sie auf die eigenen konzepte von "antiimperialistischer flüchtlingspolitik" anzuwenden.
dabei denken wir über folgendes nach:

der widerstand der flüchtlinge gegen die rassistischen weißen angriffe in der metropole unterscheidet sich für uns stark voneinander: der kampf der roma gegen ihre deportation und der widerstand z.b. gegen die neuen ausländergesetze, der vor allem von türkischen leuten getragen wird, erscheinen uns als zwei wirklich verschiedene dinge, obwohl sie sich gegen dasselbe herrschaftskonzept und gegen dieselben herrscher richten. was sie unterscheidet, sind zunächst zeitpunkte und kampfformen. dahinter steht aber eine verschiedenheit von perspektiven.

und: ist es nicht notwendig, wenn das schon so ist, in der eigenen politik von den besonderheiten des roma-kampfes losgelöste inhalte umzusetzen, die eher unsere "verantwortung" gegenüber allen flüchtlingen bzw. unsere position gegenüber dem metropolenstaat in den mittelpunkt rücken?

wir halten die widersprüche, die sich in dieser diskussion ausdrückten, für unumgehbar. wir gehen von einer geschichte linker, weißer, männlicher poltik aus, die - soweit ihr die integration von kämpfen anderer in ein (kommunistisches/anarchistisches) europäisch-patriarchales befreiungskonzept nicht glungen ist - den rassistischen ausschluß der anderen betrieben hat.
die eigenen vorstellungen von GLEICHHEIT aller als kampfperspektive haben niemals frauen und nie die kolonisierten eingeschlossen. die eigenen befreiungsperspektiven waren an die eigenen bedürfnisse gebunden und haben die teilhabe an struktureller unterdrückung über die gleichheitsforderung verdeckt.

aus unserer position heraus erscheint uns die definition von gleichheiten als einer voraussetzung für aufeinander bezogenen widerstand eher als quelle eigener neuer herrschaftsansprüche. soweit es um die gleichheit von frauen und männern oder um die von weißen und schwarzen geht, ist das wohl unstrittig.

aber auch die definition einer gleichen ausbeutungslage ANDERER ist ein klassisches instrument weißer, patriarchaler politik, soweit - wie beim "neuen internationalismus" exemplarisch der fall - dabei unterdrückungsverhältnisse bestritten oder nicht behandelt werden. so ist die innerhalb der neuen internationalismusdiskussion entwickelte geschlechtsunspezifische vorstellung einer gemeinsamen subjektivität der internationalen massenarmut eine reduktion von kämpfen auf ein männliches befreiungsinteresse. nicht, weil die analyse kämpfe von frauen und kindern verschwiegen hätte (ganz im gegenteil: die sind von uns ja immer betont worden), sondern weil sie diese kämpfe geschlechtsunspezifisch auf ein vermeintlich gemeinsames ökonomisch-soziales befreiungsinteresse von männern und frauen vereinheitlicht hat. auf diese weise hat unsere position des "neuen internationalismus" dazu beigetragen, den frauenbefreiungskampf an anderen stellen der welt gesichtslos und nicht nachvollziehbar zu machen und ihn gleichzeitig zu vereinnahmen.

daß eine antiimperialistische männliche widerstandsposition nicht automatisch eine gesellschaftliche befreiungsperspektive darstellen muß, obwohl sie metropolitane patriarchale herrschaftskonzepte angreift, ist ersichtlich an den politischen lösungen der iranischen revolution und des golfkriegs, die von antiimperialistischen männern angestrebt und durchgesetzt werden. dafür spricht auch die geschichte des "realen sozialismus".

wenn radikale linke männer die krise ihrer orientierung überwinden wollen, müssen sie unserer meinung nach zumindest mal hierüber nachdenken.

wir denken also, daß das, was sich im augenblick als stärke des westens ausdrückt, nicht allein auf den genialen imperialistischen herrschaftsstrategien beruht, sondern auf der erfolgreichen verknüpfung dieser herrschaftsstrategien von oben mit durch die gesellschaften gehenden sozialen interessensgegensätzen, die sich an klasse, an der rasse-konstruktion und am geschlechterwiderspruch festmachen. wer einen gesellschaftlichen konflikt auf einen "hauptwiderspruch" reduziert, arbeitet insoweit dem herrschaftskonzept in die hände, als daß dadurch die entfaltung vorhandener widersprüche zugunsten der künstlichen vereinheitlichung verhindert werden, während das weiße patriarchat diese widersprüche zur integration von patriarchen und rassisten in ihr politisches kalkül benutzt.

während der konkrete kampf der roma oder anderer also jeweils voller dimensionen ist, die für eine auseinandersetzung unter weißen benutzt und die weiße lebenswerte angreifen können, reduziert die allgemeine flüchtlingsposition diese dimension allein auf die teilhabe der metropolenbevölkerung am imperialistischen reichtum. sie kann auch nicht erhellen, wie materiell grundsätzlich richtige auffassungen (wie die von offenen grenzen) durchgesetzt werden sollen, ohne sich auf die konkrete zusammenarbeit mit den anderen und damit auch auf die auseinandersetzung mit ihrer subjektivität einzulassen. oder wird immer noch geglaubt, daß eine verschärfung staatlicher rassistischer politik automatisch zu einer stärkeren antirassistischen weißen position führt, und daß wir deshalb keine orientierung an flüchtlingskämpfen brauchen? bislang ist das gegenteil der fall. der staat regelt den ohnehin vorhandenen rassismus. es ist von daher fahrlässig, sich gegen staatlichen rassismus zu wenden und den der weißen bevölkerung nicht zum eigenen thema zu machen. das kräfteverhältnis in der metropole erfordert die eigene suche nach einem bezug zum antirassistischen kampf der anderen. alles andere scheint uns vor allem selbstgerechte positionsdarstellung.

all das mag erklären, warum es richtig ist, sich an kämpfen von roma zu orientieren. es legitimiert nicht, daß wir überhaupt nur punktuell und ausschließlich eine orientierung an flüchtlingskämpfen hinkriegen. dieses elend kann nicht durch das herausanalysieren einer "einmaligen wichtigkeit" der kämpfe der roma verdeckt werden.

im gegenteil: es wäre zu wünschen, daß sich andere weiße leute andere konkrete soziale auseinandersetzungen zu flüchtlingen im widerstand erschließen. wir wehren uns aber gegen die rückkehr zu einer weißen "flüchtlingspolitik", mit der wir anfangen, für oder über alle zu sprechen und nicht aus einer konkreten auseinandersetzung oder nur für uns, belastet mit dem problem der bezugslosigkeit - und damit letztlich dem der bedeutungslosigkeit.

insoweit finden wir: wir wollen an dem konkreten bezug zu den roma, und ihren forderungen und kampfmethoden festhalten und jetzt das kapieren, was für uns auch für auseinandersetzungen mit anderen flüchtlingskämpfen wichtig ist. fragen in diesem zusammenhang sind: wie kann sich eine möglichst große antirassistische weiße minderheit entwickeln? wie können strukturen gegen abschiebungen aufgebaut werden? es müßte eine auseinandersetzung mit dem widerstand und der subjektivität der flüchtlinge geführt werden sowie um die "neue flüchtlingspolitik", welche die kämpfe der roma angreift.

4. die auseinandersetzung um rassismus - ein luxus im kampf für den flüchtlingswiderstand gegen den metropolenstaat?

eine weitläufige, auch in unserer diskussion formulierte kritik an der "neuen rassismusdiskussion" ist, daß ihr politischer gebrauchswert nicht nachgewiesen scheint.

während frauen aus der konkreten erfahrung in der internationalen frauenbewegung die konfrontation um einen feministischen rassismus haben (so kritisieren schwarze frauen weiße feministische konzepte) und ihre eigene auseinandersetzung direkt hierauf beziehen, scheinen sich männer einer solchen konfrontation bislang leichter entziehen zu können.

im bereich "gemischter politik" ist sie offensichtlich punktueller, leichter zu verdrängen und unsichtbar zu machen. das sagt zuallererst was über die verbindlichkeit von zusammenhängen und politischen auseinandersetzungen zwischen uns und den "anderen" aus: tausendmal haben weiße politikinitiativen bedingungen an die zusammenarbeit mit den anderen gestellt und sie bei nichterfüllung sofort eingestellt, an statt die diskussion zu suchen.

die "szene" ist geprägt von einer kombination aus sozialer bezugslosigkeit und politischen vereinnahmungsversuchen. dahinter steht ein bestimmtes politisches verständnis. eine bestimmte METHODE, auseinandersetzungen zu führen, welche solche wiederholungen möglich macht. sie beruht auf dem kurz - bis mittelfristigen eingreifen in gesellschaftliche konflikte. sie stellt den aufbau einer verbindlichen sozialen widerstandsstruktur systematisch hinten an.

für solche politik müssen die realen sozialen beziehungen zwischen z.b. weißen und anderen nicht im vordergrund stehen. soweit wir uns, recht vordergründig, allein auf die frage konzentrieren, ob in einer bestimmten situation bestimmte staatliche maßnahmen zu verhindern sind, scheint die auseinanderstezung um den rassismus in der bevölkerung, um den rassismus in der linken eher hinderlich für die schaffung einer begrenzten politischen einheit - etwa gegen die abschiebung der roma - zu sein.

eine bestimmte phase von diskussion und unterschiedlichen meinungen in der initiave waren unserer auffassung nach durch unterschiedliche denkweisen über diesen punkt geprägt: die einen plädierten eher für eine massive öffentliche auseinandersetzung über roma-politik und roma-widerstand, um eine solche politische einheit zu erreichen; die anderen wollten den schwerpunkt auf die frage legen, welche deutschen in diesem konflikt zu welcher art von unterstützung für die roma bereit sind, um somit das feld der auseinandersetzung um rassismus aufzumachen. diese auseinandersetzung sollte dazuführen, daß sich aus der auseinandersetzung eine VERBINDLICHE widerstandsstruktur von deutschen entwickelt, in der die frage "eigene soziale beziehung zu den anderen" von vornherein thema ist, thema sein muß. sie sollte dazu beitragen, daß wir unsere erfahrungen zu einer auseinanderstzung um rassismus unter deutschen machen.

die praxis stellt wie so oft eine fast undiskutierte mischung beider "ansätze" dar. eine zuspitzung im konflikt über das bleiberecht der roma wird vielleicht eine einschätzung darüber erlauben, welcher ansatz den größeren "politischen gebrauschswert" hat.

jetzt erscheint es uns sinnvoller, das ganze an der perspektive des eigenen tuns zu überlegen.

wir denken, daß sich ein immer gleiches politisches problem an verschiedenen konfrontationen mit kämpfen anderer für uns stellen wird. wir müssen versuchen, ihre kämpfe als spaltung, abbröckelung in den weißen machtbereich zu übersetzen, und aus diesem prozeß die bündnispartner zum aufbau einer weißen antirassistischen widerstandsstruktur gewinnen.

dabei scheinen uns in den metropolitanen widerstandsformen, die es bislang gibt, nicht viele anfangspunkte zu liegen. zumindest weiße männer haben zum problem bislang nichts anderes als vereinheitlichung unter ihrem banner oder multikulturellen pluralismus mit weißen zugangsvoraussetzungen anzubieten.

woran, außer an den legitimationsschwierigkeiten, die mit solchen positionen verbunden sind, ist also bei einer öffentlichen auseinandersetzung anzuknüpfen? was, außer dem, was wir selber an subjektivität der anderen - auch als angriff auf uns - mitgekriegt haben, ist als angriffsmomemt gegen weiße herrschaftsansprüche ins feld zu führen?

hier ist für uns innerhalb der metropolen allerdings nach wie vor nur eine minderheitliche perspektive denkbar, die ihre stärke nicht aus einer verankerung in einer massenbewegung gewinnt, sondern aus dem aufbau einer vor allem gegenüber den anderen und sich selbst verbindlichen sozialen struktur. ihre kraft wird unserer meinung nach nicht durch die fähigkeit zur dauerdiskussion um rassistische vorurteile oder um staatliche konzepte sichtbar werden, sondern durch den zusammenhang zwischen der einnahme einer weßen dissidentenposition einerseits und praktischem widerstand gegen die politik des staates und die sozialen angriffe der bevölkerungsmehrheit andrerseits. hierzu scheint uns die auseinandersetzung mit rassismus - einschließlich dem eigenen - nicht luxus, sondern unverzichtbar zu sein.

5. orientierung, differenzen: kann man sich eine weiße politik gegen flüchtlinge vorstellen?

weil wir in der eigenen herangehensweise an den "romakonflikt" das moment der orientierung an, der auseinandersetzung mit ihrem widerstand, auch als selbstkritik, veränderung der eigenen praxis, so in den vordergrund gestellt haben, hat sich eine mögliche andere meinung provokativ ausgedrückt: ist uns eine politik gegen interessen bestimmter flüchtlinge bei unserem zwanghaften orientierungsinteresse überhaupt noch vorstellbar?

in dieser fragestellung finden wir gegenüber dem, was sonst an dieser stelle passiert, einen fortschritt. die klassische weiße position zur auflösung einer differenz mit den anderen ist, NICHTS MEHR MIT IHNEN ZUSAMMEN ZU MACHEN. das drückt die gesellschaftliche möglichkeit der weißen aus, sich aus der auseinandersetzung mit den anderen in den weißen machtbereich des rassistischen ausschlusses zurückziehen zu können. in der fragestellung, in bestimmten situationen auch gegen das interesse von flüchtlingen zu agieren, erscheinen diese und ihre interessen wenigstens noch.

wir finden es richtig, an stellen, an denen sich unterschiedliche positionen z.b. zwischen uns und den roma zeigen, nicht die frage zu stellen, ob wir "jetzt noch was mit ihnen zusammen machen können", sondern ob wir an diesen stellen etwas anderes machen wollen als sie, oder etwas gegen das, was sie machen wollen. wegen der rassistischen integration ist das allerdings ohne ernsthafte auseinandersetzungsversuche darüber von unserer seite aus undenkbar.

eine lebendige soziale auseinandersetzung scheint eine voraussetzung für derartige prozesse zu sein, aber - und das ist das praktische ergebnis der eigenen rassistischen geschichte - wir haben keinen anspruch auf eine solche auseinandersetzung, und wir sind selbst meist unfähig, sie zu beginnen.

deshalb bestehen wir darauf, eine gegen interessen von roma gerichtete eigene praxis in diesem verhältnis zu diskutieren, und nicht eigene vorstellungen von einheit und gleichheit wie selbstverständlich auch für sie richtig gegen sie durchzusetzen.

wir sehen bislang im konflikt zwei punkte, an denen wir eien eigene praxis gegen interessen unter den roma für vorstellbar und wahrscheinlich nötig halten. der eine punkt sind die angriffe von männern gegen frauen unter den roma, die die perspektive von frauen, hier für ihr bleiberecht zu kämpfen, in frage gestellt haben. es geht uns nicht um das erkennen eines überdurchschnittlichen roma-patriarchats, das jetztz von uns zu bekämpfen sei. das wäre auf basis dessen, was wir bislang mitgekriegt haben, eine rassistische wertung. vergewaltigungen unter bedrohung mit waffen sind weißen deutschen männern alles andere als fremd.

soweit wir uns auf die roma wirklich beziehen, sind wir auch teil dieses konfliktes. wir männer können das angebot eines "patriarchalen zusammenschlusses über die rassistischen grenzen" hinweg annehmen, das uns zwischendurch und in der auseinandersetzung um konkrete männliche angriffe immer gemacht wird. oder wir versuchen, uns in diesem konflikt auf den widerstand der frauen zu beziehen. und bringen die eigenen standpunkte aus der weißen auseinandersetzung unter männern und von frauen gegen uns in den konflikt ein. das bedeutet allerdings, die auseinandersetzung mit roma-männern an dieser stelle nicht nur reagierend zu führen, SONDERN ZU SUCHEN. ein ergebnis solcher auseinandersetzungen könnte natürlich sein, gegen roma-männer zu handeln.

der zweite punkt ist die "nationalitätenfrage". bislang ist unter uns zumindest nicht ausgeräumt, ob es innerhalb des roma-widerstandes nicht an nationalitäten gebundene zusammenschluß- und ausschlußstrukturen gibt. ob roma-organisationen bewußt bestimmte staatenlose angehörige der roma (z.b. rumänische oder polnische roma) eher aus dem gemeinsamen kampf ausschließen, wissen wir nicht. innerhalb der positionen, die roma als begründung und perspektive ihres kampfes vertreten, gibt es für solche ausschlüsse keinen ansatzpunkt. es wäre eigentlich paradox, daß ein kampf, der unter anderem zentral um die anerkennung der eigenen staatenlosigkeit geführt wird, also gegen das herrschaftsinteresse, roma irgendwelchen staaten zuzuordnen, sich im widerstand selbst eine solche hierarchie von staatsangehörigkeit gibt.

über die anhaltspunkte, die es für das bestehen einer solche hierarchie gibt, die auseinandersetzung und die klärung zu suchen, ist unsere ureigene sache. der weg ist auch hier nicht, die ewige debatte in der weißen solibewegung zu führen, sondern die roma selbst zu fragen.

gerade widersprüche, interessensgegensätze und positionsunterschiede zwischen uns und den anderen, die zu einer politischen konfrontation und zu nicht mehr aufeinander beziehbaren widerstand, sogar zu "weißen aktionen gegen flüchtlinge" führen könnten, bedürfen unserer auffassung nach der politischen und sozialen auseinandersetzung. besser: sie können nur ihr ergebnis sein.

Redebeitrag zur Neuen Flüchtlingspolitik (für Roma-Demo, Köln 25.5.91)

Alchimie, so berichten die Legenden, ist die Kunst, aus Scheiße Gold zu machen. Die Herren Schäuble und Schnoor reden seit einiger Zeit von Neuen Flüchtlingskonzeptionen, von Neuer Flüchtlingspolitik. Sie hantieren dabei mit so wohlklingendnen Worten wie Strukturhilfen, Entwicklungsfonds, Reintegration. Sie versuchen sich damit als Alchimisten. Der Glanz dieser Worte soll die üble (um nicht zu sagen: braune) Substanz vergessen machen, aus der ihre politischen Pläne geformt sind.

Ich werde ein wenig in dieser Substanz herumstochern und darüber spekulieren, auf welche Praxis diese Planungen hinauslaufen werden.

Im August 1990 veröffentlichte die NRW-Regierung eine Erklärung unter dem Titel "Ministerpräsident Rau ... schlägt ein Bündel von konkreten Maßnahmen zur Bewältigung des sprunghaften Anstiegs von Asylbewerbern aus Ost- und Südosteuropa vor". Der sprunghafte Anstieg kommt natürlich von der neuen Freizügigkeit im ehemaligen Ostblock, die 40 Jahre herbeigeredet und herbeigerüstet wurde. Die Mehrzahl der neuen Freiziehenden werden aber jetzt in das enge Korsett des Asylverfahrens gepreßt und dann als Problem definiert, das zu bewältigen ist. Das zeigt: Freizügigkeit war dem Westblock als Kampfbegriff gegen den Ostblock willkommen, keinesfalls aber die freiziehenden Menschen, die hier Schutz und Einkommen suchen.

Als erste Maßnahme zur Bewältigung dieser Menschen nennt die NRW-Regierung: "die Situation in den Herkunftsländern (zu) beeinflussen und humanitäre Hilfe vor Ort (zu) leisten; den unkontrollierten Zuzug ein(zu)dämmen" (S. 2) Niemand glaubt daran, daß eine baldige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage die Abwanderungsmotive in Osteuropa mindert, schon gar nicht glauben das die westeuropäischen Kahlschlagsanierer des Ostblocks. Dann heißt aber "Beeinflussung der Situation in den Heimatländern" im Klartext: Es werden solche Methoden und Regimes unterstützt, die die Menschen dort, wo sie sind und wegwollen, effektiv festhalten. Also autoritäre Methoden und Regimes.

Ein Muster gibt die Kurdenhilfe ab: Lieber die kurdischen Flüchtlinge unter den Gewehrläufen der türkischen Armee in den Bergen erfrieren lassen, als ihren Eintritt in die heiligen Hallen des europäischen Hauses zu riskieren. Das natürlich begleitet von humanitärer Zelt- und Deckenhilfe vor Ort. Nehmen wir das Beispiel Jugoslawien: Die EG unterstützt offen die serbisch-nationalistisch dominierten Institutionen der Zentralmacht; deren brutaler Rassismus gegen Albaner und Roma ist allbekannt. Die Zentralmacht soll zum einen die Durchsetzung der unpopulären Wirtschaftsreformen garantieren, die der Westen, der IWF vorschreibt. Zum anderen sollen die Roma auf nimmer Wiedersehen an sie verkauft werden. Bei der Einreise in Jugoslawien werden den Roma die Pässe abgenommen und die Lebenserwartung in den Romaghettos liegt bei etwa 33 Jahren. Man kann also aktive Bevölkerungspolitik auch sozialdemokratisch gestalten. Man muß nicht immer gleich vergasen.

Die erste Perspektive der Neuen Flüchtlingspolitik ist nichts weiter als eine Variation der Giftmüllpolitik des Westblocks: Gegen Übernahme der Transportkosten und eine geringes Entgelt für die lokalen Machthaber werden die Schadstoffe in die Endlager der Peripherie verbracht. Schäuble plant, zunächst die Heimatländer der Flüchtlinge zur Aufnahme zu bewegen und falls das nicht geht (wie bei den Roma, die kein Heimatland haben), will Schäuble "Aufnahmemöglichkeiten" in "Drittstaaten der Heimatregion" schaffen. Lagerhaltung von Flüchtlingen wird so zu einer Dienstleistung der Dritten für die Erste Welt, wie die Schadstofflagerung von Polen bis Nigeria. Das NRW-Reintegrationsprogramm gegen die Roma ist der Testlauf für diese Verfahrensweise, Schäuble hat es deswegen ausdrücklich begrüßt.

Auch in der Innenpolitik wird der Flüchtling als Schadstoff angesehen; Zitat aus dem Maßnahmenkatalog des Rau-Kabinetts: "Die Landesregierung wird als Soforthilfe für **besonders belastete** Aufnahmegemeinden eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Landesregie einrichten" (S. 5). Also: Dioxin belastet unsere Sportplätze, Flüchtlinge belasten unsere Wohngebiete. Die Nazis sprachen von den Fremdvölkischen als Volksschädlingen, die von den guten Deutschen isoliert werden müßten. Rau hat das zeitgemäß öko-sozialdemokratisch umformuliert: Lebenswelt belastende Asylbewerber werden im Zentrallager isoliert, um "sozialen Sprengstoff vor Ort" zu reduzieren. Der Rassismus des deutschen Volkes wird also nicht bekämpft, ihm wird Folge geleistet.

Die schlechte Behandlung der Flüchtlinge ist nicht nur Ausfluß eines dummen volkstümlichen Rassismus, sie ist bewußt von Staats wegen inszeniert. Die Rau-Regierung erklärt: "Es geht darum, ... materielle Anreize für die Zuwanderung abzubauen". Auf deutsch heißt das: wir behandeln die Flüchtlinge, die hier sind, so schlecht, daß die Flüchtlinge, die noch einreisen wollen, abgeschreckt werden. Wir kasernieren sie, wir nehmen ihnen durch Bargeldentzug und Sammelverpflegung die Möglichkeit, nach ihren Gewohnheiten zu leben und zu essen. Die (gar nicht so) Neue Flüchtlingspolitik verfährt damit nach der Logik der Geiselnahme: die Mißhandeln, die man hat, um die zu treffen, die man nicht hat. Auch dieses Vorgehen ist uns aus brauner Vorzeit vertraut.

Abgerundet wird die Abschreckung durch die weitgehende Aushöhlung des Asylrechts, die mit der Einrichtung sog. Zentraler Anlaufstellen erreicht werden wird. Innerhalb von drei Tagen sollen die beiden vorgeschriebenen Anhörungen der frisch eingetroffenen Flüchtlinge durchgezogen werden. Die ohnehin geringe Chance, anerkannt zu werden, wird damit für die meisten Asylbewerber auf Null schrumpfen. Ziel dieser Schnoor- und Schäuble-Politik ist: der flott abgelehnte Asylbewerber soll binnen drei Monate wieder außer Landes sein. Im Juli soll eine solche Zentrale Anlaufstelle in Köln ihre Arbeit aufnehmen.

Bekanntlich fanden westdeutsche Politiker die Mauer gerade richtig, um Flüchtlinge draußenzuhalten. Nach zähen Verhandlungen wurde seinerzeit die DDR dazu bewegt, in Ost-Berlin eintreffende Flüchtlinge nicht mehr nach West-Berlin einreisen zu lassen. Dann war die Mauer plötzlich weg. Prompt forderte die NRW-Regierung im August 90: "Die DDR (muß) - gegebenenfalls mit Unterstützung des Bundesgrenzschutzes - die Grenzkontrollen verstärken" (S. 3) Und die NRW-Regierung sagte auch, wer mit dieser neuen Mauer als erstes gemeint war: die rumänischen Roma, die vor den rassistischen Pogromen im Zuge der friedlichen Revolution flüchteten.

Die neuen Mauern der Neuen Flüchtlingspolitik werden nicht nur aus Paragraphen bestehen, nicht nur aus einer EG-weiten restriktiven Visumpolitik, wie sie mit dem Schengener Abkommen eingeleitet wurde. Die neuen Mauern werden auch aus Gewehren bestehen: NRW setzt auf den Bundesgrenzschutz, Österreich und Italien bereits aufs Militär zur Sicherung ihrer Grenzen. Die neuen Mauern werden flexibler sein als die alte; Intellektuelle und Saisonarbeiter aus dem Osten werden zum Teil durchgelassen werden; Polen und die CSFR werden zu vorgeschobenen Stellungen gegen die Sowjetmenschen ausgebaut werden. Ohne Stacheldraht und Schußwaffengebrauch wird es dann nicht abgehen.

Mit welcher Orientierung sollen wir dieser Politik begegnen. Zunächst muß klar sein: wir werden nicht, wie es die NRW-Regierung von den Flüchtlingsorganisationen erhofft, "tätige Mithilfe" (S.7) leisten, wir werden nicht kollaborieren. Wir werden diese Politik bekämpfen.

Und was werden wir diesen ganzen schikanösen Differenzierungen des Ausländerrechts entgegensetzen, diesen ganzen rassistischen Bewertungen, dieser Selektion zwischen Menschen, die bleiben dürfen und die wegmüssen, dieser Selektion zwischen Menschen mit und ohne Lebensrecht. Wir werden dem eine alte Idee der Französischen Revolution entgegensetzen, für deren Einlösung auch nach 200 Jahren noch gekämpft werden muß, die immer noch revolutionär ist. Die einfache und schöne Idee der Gleichheit aller Menschen.

Visa

escheint vierteljährlich, herausgegeben vom Immigrantenpolitischen Forum e.V., Berlin

Das Immigrantenpolitsche Forum besteht seit 1987 und ist ein Zusammenschluß von Flüchtlingen und ImmigrantInnen aus verschiedenen Ländern, die sich gegen Diskriminierung, Rassismus sowie für Gleichberechtigung einsetzen.

Mehrere Teams arbeiten sowohl auf der theortischen als auchauf der praktischen Ebene mit dem Ziel, die Selbstorganisation und das Selbstbestimmungsrecht der ImmigrantInnen und Flüchtlinge auf der sozialen, politischen und kulturellen eben zu realisieren.



Adresse: Visa, Oranienstraße 159, BRD-1000 Berlin 61

Intifada in Frankreich

Der Mailänder „Corriere della Sera" schreibt zu den schweren Zwischenfällen in Frankreich:

„Seit Monaten erlebt Frankreich seine Intifada, die sich üblicherweise in der Nacht zwischen Sonnabend und Sonntag manifestiert, so als ob es die Absicht der Guerrillas sei, die etablierte Gesellschaft am Wochenende gleichsam mit Blitzen aufzurütteln. Ein ums andere Mal ziehen sie wie Vandalen durch Paris und andere Städte. Sie zerstören, um zu zerstören. Ein Vorwand genügt. Die Jugendlichen ohne Zukunft, die Kinder der Immigranten aus dem Maghreb, aber nicht nur sie, sprengen für kurze Zeit die Ketten der erzwungenen Ausgrenzung und werfen sich auf alles, was in ihren Augen legitim ist, zu treffen: die Supermärkte und die Polizeikräfte."

DIE ROTE ZORA



INHALTSVERZEICHNIS

Die rote Zora

Die



rote



Zora

VERANSTALTUNGSANKÜNDIGUNG--
VERANSTALTUNGSANKÜNDIGUNG--VERANSTALTUNGSANKÜNDIGUNG

ORT: AKARSU; Oranienstr. 25: 1000 Berlin 36; 2. Stock ;
mit Fahrstuhl für Rollis
TAG: 14. Juni' 91
ZEIT: 20°° Uhr

EINLADUNG ZU EINER GEMEINSAMEN DISKUSSION ZU SEXISTISCHER UND SEXUELLER GEWALT GEGEN MÄDCHEN, LESBISCHE MÄDCHEN, FRAUEN UND LESBEN

Wir sind eine autonome Lesbengruppe und wollen mit Euch über sexistische und sexuelle Gewalt gegen Mädchen, lesbische Mädchen, Frauen und Lesben diskutieren, um:

- sexuelle und sexistische Gewalt beim Namen zu nennen;
- zu erkennen, daß sexuelle und sexistische Gewalterfahrungen KEIN individuelles Schicksal von vielen Mädchen, lesbischen Mädchen, Frauen und Lesben sind;
- aufzuzeigen, daß zwischen der direkt erfahrenen sexuellen Gewalt jeder Einzelnen und der strukturellen patriarchalen Gewalt ein Zusammenhang besteht;
- zu diskutieren, daß es notwendig ist, den Zusammenhang zwischen der direkt erfahrenen sexuellen Gewalt und der strukturellen Gewalt zu erkennen, um Widerstand leisten zu können. ---

"Der größte Zuhälter ist der Staat,
und deshalb:
Feuer und Flamme für's Patriarchat !"---

Erkennen wir die Notwendigkeit vom Zusammenkommen eines autonom-feministischen Widerstandes gegen das imperialistische Patriarchat, in dem die sexuelle und sexistische Gwalt gegen Mädchen, lesbische Mädchen, Frauen undLesben EIN wesentlicher Bestandteil ist ?!

Zitat aus dem Theaterstück "Der Schatten der Lawine" von Lilly Walden und Attila Hertz:
"Wenn die Wölfe spüren, daß man bereit ist, sie zu töten, dann greifen sie erst gar nicht an."

Am 13.06. führt Lilly Walden das Theaterstück "Der Schatten der Lawine" auf. Wir können uns die Diskussion am Theaterstück selbst vorstellen, denken aber daß die vorgeschlagene Diskussion nicht notwendiger Weise im Zusammenhang mit der Aufführung des Stückes geführt werden muß.

ZEIT: 20°° Uhr
TAG: 14. Juni' 91
ORT: AKARSU; Oranienstr. 25;
1000 Berlin 36; 2. Stock
Fahrstuhl für Rollis
ist vorhanden !!!!!
VERANSTALTUNGSANKÜNDIGUNG

Spendenaufruf: Bitte spendet für die Theateraufführung!!
Spenden an: FRAUENSPENDEKONTO, Stichwort:"Sexuelle Gewalt"; Sparkasse der Stadt Berlin West; BLZ 100 500 00; Kontonr. 670 160 539

Lesben und Schwule gegen faschistische Gewalt!

Huhu!

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen

Auf unseren Straßen herrscht Krieg! Nicht erst seit den letzten Wochen bedroht die Gewalt faschistischer Männer und Jugendlicher das schwule und lesbische Leben hier - genau wie das Leben von Frauen, AusländerInnen, Autonomen, HausbesetzerInnen, kurz allen Menschen, die nicht in das menschenverachtende Weltbild der Faschisten hineinpassen. Wir lassen uns nicht mehr länger zu passiven und verängstigten Opfern machen. Wir wehren uns. Dazu ist diese Demonstration, die von einem breiten Bündnis der unterschiedlichsten Lesben- und Schwulengruppen getragen wird, ein unmißverständliches Zeichen.

Die Gewalt gegen uns ist allgegenwärtig geworden:

- Das schwule Überfalltelefon meldet 90 Anrufe monatlich, davon 30 von direkten Gewaltopfern. Die Dunkelziffer liegt weit höher.
- In Moabit läuft zur Zeit ein Prozeß gegen 4 deutsche Jugendliche, die einen 43-jährigen Schwulen in Johannisthal erschlagen haben.
- Am 20. April 1990 wurde der Schwulen-Treffpunkt Mocca-Bar am Alexanderplatz von Rechten überfallen und zerstört.
- Vorletztes Wochenende wurde das schwul-lesbische Gartenfest in Mahlsdorf angegriffen.
- Zwei Tage später konnten vier, mit Leuchtspur-Munition angreifende Männer aus dem Schwulenabend des Café Subversiv in Mitte vertrieben werden.

Das sind nur einige Beispiele.

Seit letzter Woche ist die Gewalt gegen uns auf einmal große Schlagzeilen wert. Die Gewalt gegen Frauen und AusländerInnen wird weiter verschwiegen, bzw. in einem Fünfzeiler abgehandelt.

Jetzt machen sie groß auf schwulen- und lesbenfreundlich. Als das Tuntenhaus und das Frauen- und Lesbenhaus in der Mainzer Straße im November 1990 geräumt wurden, haben sie alle "weg mit dem Dreck" gerufen. Was uns auch nicht weiter wundert: Als kulturelles, buntes i-Tüpfelchen in der "Weltstadt" Berlin sind wir Lesben und Schwule auch gerne gesehen. Wir werden benutzt, um die "Weltoffenheit" zu demonstrieren. Wenn sich aber Menschen gegen die Macht- und Unterdrückungsverhältnisse "hier in diesem Land" wehren, werden sie ohne Rücksicht auf Verluste angegriffen, ihre Lebenszusammenhänge zerstört und versucht, sie wieder zu vereinzeln. Wir wollen nicht zusehen, wie Menschen die das "falsche" Geburtsland in ihrem Ausweis stehen haben, in den Tod, den Knast oder das Elend ihrer Heimatländer abgeschoben werden, wie das dieser Staat BRD mit zunehmender Unverfrorenheit macht. Wir werden nicht zusehen, daß Frauen sich nicht mehr auf die Straßen trauen, aus Angst vor sexistischer Anmache. Zu Hause oder auf der Arbeit müssen Frauen sich ständig gegen Männer durchsetzen, um zuverhindern, daß sie ausgebeutet werden. Daran hat diese Gesellschaft großes Interesse. Denn nur wenn Männer, die jeden Tag arbeiten gehen müssen und die vor ihrem Vorgesetzten buckeln, noch jemanden haben, den sie treten können, der sie wieder aufpäppelt und ihnen den Dreck weg macht, funktionieren sie, wie sie sollen.

In so einer Gesellschaft ist die Funktion der Faschisten und ihrer direkten Angriffe auf andere Menschen vielfältig: Einerseits sorgen sie für eine Stimmung, in der immer schärfere Gesetze gegen AusländerInnen durchgesetzt werden.

Andereseits lenken sie Aggressionen, die ihre Gründe in der sozialen Deklassierung ganzer Bevölkerungsgruppen, ihrer kulturelle Entwurzelung und Verunsicherung haben, von den Verursachern ab. So ungern wie offene Gewalt, die nicht die Bullen ausüben, gesehen wird; es ist den Herrschenden immer noch lieber, daß die Unzufriedenen sich gegenseitig verkloppen, als daß sie die Ursachen ihrer Unterdrückung gemeinsam bekämpfen.

Eigentlich haben wir keine Lust, uns nur noch schwer bewaffnet auf die Straßen trauen zu können. Wir wollen uns nicht als harte Kerle verkleiden müssen, damit wir nicht gleich an der Ecke eins auf die Fresse kriegen, und wir haben eigentlich auch weit wichtiger Dinge zu tun, als Selbstverteidigungskurse zu besuchen. Aber die Stimmung hier in dieser Stadt ist eine andere. Wir müssen dafür sorgen, daß sich das ändert. Dazu gehört auch, daß die Faschisten nicht mehr tun und lassen können, was sie wollen, weil sowieso alle wegschauen und hinterher wieder keineR was gewußt hat. Dazu gehört auch, die Treffpunkte der Faschisten, ihre Veranstaltungen und Organisationen aufzulösen und sich bei ihren Angriffen selbst zu wehren und anderen dabei zu helfen. Und auch schon im Vorfeld, am Stammtisch in der Eckkneipe, am Arbeitsplatz und auf der Straße, wenn Männer über andere herziehen, sich an üblen Frauen- und Schwulenwitzen aufgeilen, AusländerInnen fertigmachen:

Schaut nicht weg! Greift ein! Wehrt euch!

Die Kettenhunde des Kapitals

Lose Blätter gegen Mietausbeuter, Spekulanten, Banker....
1. Folge 6-91

Diese losen Blätter sollen unsere zarte Versuchung darstellen, einen kleinen Beitrag zur Näherbringung der Bonzen aus der Grunewald-Connection, zu leisten. Wissen ist Macht, war das Schlagwort zu Zeiten der aufflammenden ArbeiterInnenbewegung. Wir würden sagen, Wissen macht so einiges machbar . Hier liegt auch unser Anspruch begraben, einen Teil der Kettenhunde des Kapitals (so nannte Marx die Manager), aus ihrer gewinntreibenden Anonymität zu reißen. Diese losen Blätter sollen in unregelmäßigen Abständen, zu unterschiedlichen Komplexen, in den bekannten Schriften und Lokalblättchens erscheinen.

Die Bauwert/Wohnwert - Gruppe

Diese Spekulantengruppe ist ein neuen Stern am Spekulantenhimmel. Erst vo einigen Jahren hat sie ihren Sitz von München, wo sie erste Erfahrungen mit Spekulation und Mietausbeutung gesammelt haben, nach Berlin verlegt. Der Bauwert-Gruppe gehören ca. 200 Häuser und Grundstücke in Berlin. Ihre Gewinne macht die Gruppe durch eine lukrative Drei-Teilung. Dazu eine sozialrevolutionäre Zelle, die am 17.9.90 den Firmensitz in der Münchnerstr. 47 entglast hat.

"tätig sind die spekulanten.
- in der altbauluxusmodernisierung, ein bsp. ist die katzbachstr. 5, wo die bewohnerInnen durch 3-fache mietsteigerung rausgedrängt werden sollen.
- im bau von hotels u.ä., bsp. der geplante hotelbau auf dem kindlparkplatz in neukölln, hermannstr..
- im abriß und neubau, teils mit öffentlichen geldern finanziert. bsp. wrangelstr. 79 in 36. hier will bauwert das kuckuksei für einen fünfstöckigen neubau abreisen lassen.

das ziel ist immer das gleiche, profitablere mietausbeutung und umstrukturierung der stadtteile für yuppies und besserverdienende."

Umstrukturierung, das ist das Wort, das bei Bauwert wie der Stein in die Scheibe paßt. So schrieb der Besitzer der Katzbachstr. 5, Jürgen Henning aus Lütjensee an die MieterInnen, "Besonders die Bauhausschule unter Walter Gropius hatte sich zum Ziel gesetzt, aller sozialen Schichten der Bevölkerung zeitgemäßen wohnstandart zu bieten." Deshalb sei "in der Katzbachstr. 5 vieles nachzuholen." Wie dies gemeint war bekamen die MieterInnen denn auch gleich zu spüren. Ihre Mieten sollten um das dreifache steigen. So sollte der Einbau eines Fahrstuhles 110 DM und ein Gäste-WC 150 DM monatlich mehr kosten. Auf welche "sozialen Schichten" dies abzielt, war klar. Nur, hier kam die Bauwert-Gruppe nicht durch. Die MieterInnen haben sich kollektiv gegen diese Luxusmodernisierung gewehrt und gewonnen. Alle angestrengten Prozesse hat die Bauwert verloren, nach vorsichtigen Schätzungen macht dies einen Verlust von 45000 DM Prozeß- und Anwaltskosten.

Auch beim Kuckuksei sind sie vorerst nicht durchgekommen. Das Bezirksamt hat ihre Abriß- und Neubauplanung bisher nicht genehmigt. Aber dies scheint nur eine Frage der Zeit zu sein.

Anders dagegen der geplante Hotelneubau in Neukölln. Hier zeigen sich gerade die Bezirksstadträte als Lobbyisten der Bauwert-Gruppe, die ganz schnell ihr Prestige-Hotel haben wollen. Dieses 3-Sterne Luxushotel (450 Betten für 112 Mio. DM) hätte weitreichende Folgen für den Kiez. Zusammen mit den anderenen Umstrukturierungsprogrammen für Neukölln könnten damit die Stadtverplanungsstrategen ihre "Bereiningung" des potentiellen Unruheherdes beschleunigt durchsetzen.

Für die Umstrukturierung der HERRschenden Verhältnisse - gegen die Umstrukturierung der Stadtteile !

Who is who in the Bauwert-Group

Erstmal alle uns bekannten Firmen der Bauwert-Gruppe

Bauwert Baubetreuungs- und Bauträger AG, Grundkapital 1.862.000 DM, Geschäftsführer (GF), Jürgen Leibfried und Thomas Baumgarten.

Bauwert Immobilienverwertungs GmbH, Stammkapital (StK) 51.000 DM, GF, Kfm Wolfram Pfeiffer (8 München 40, Kurfürstenstr. 12).

Bauwert Baufinanzierungsvermittlungs GmbH, StK 51.000 DM, GF, Fred Hausmann (8 München 71, Geisenbrunnerstr. 71a).

Wohnwert GmbH Wohnungsbau und Baubetreuung, StK 60.000 DM, GF, Dipl Ing Georg Celler (8038 Gröbenzell, Gartenstr. 12a)

Wowe Wohnwert Bau GmbH, StK 51.000 DM, GF, Georg Celler.

Sigma Vermögensverwaltungs GmbH, StK 50.000, GF, J. Leibfried und T. Baumgarten.

Alle oben genannten Firmen haben ihren Firmensitz in der Münchnerstr. 47 in 1-30.

Henning Bau GmbH (in Gründung), GF, Jürgen Henning aus Lütjensee.

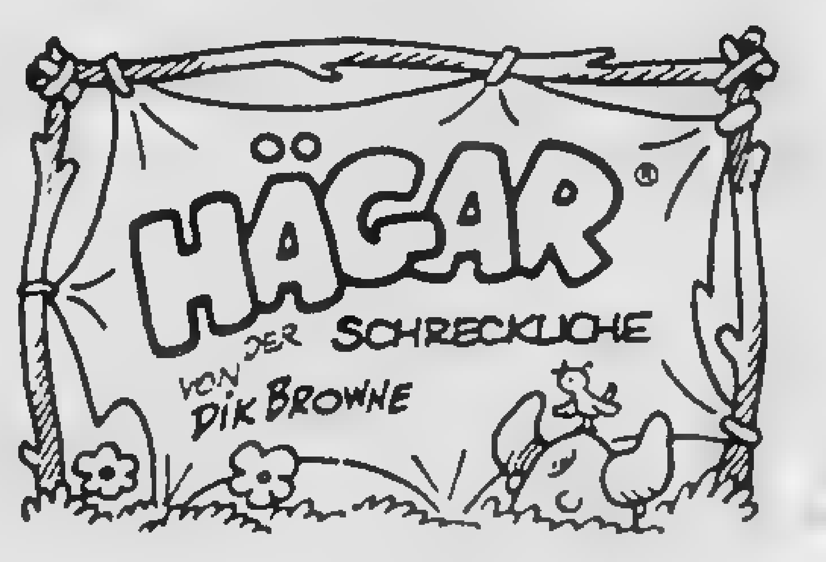
Prinz zu Hohenlohe-Jagstberg und Banghard Beratungs GmbH (Bzw. .... Beratungs und Vermittlungs GmbH & CO KG), Q-Damm 218, StK 50.000 Dm, GF, Egon Banghard (7518 Bretten, Heilbronnenstr. 12) und Wolfgang Otto (Ullsteinstr. 131 b, 1-42). Gesellschafter sind Prinz Johannes zu Hohenlohe-Jagstberg (6994 Niederstetten, Schloß) und E. Banghard. Diese Beratungs GmbH ist für das Anwerben neuer KommanditistInnen zuständig, das in unregelmäßigen Abständen im Hotel Kempinski (Adel verpflichtet) stattfindet.

Die wichtigsten Figuren in diesem Firmenkarusell sind Jürgen Leibfried und Thomas Baumgarten (beide Münchnen) die in allen GmbH's und der AG knapp die Hälfte des Stimmberechtigten Kapitals halten. Dicht gefolgt von Egon Banghard samt seinen Kindern Simone und Axel Banghard (8 München 81, Preysingplatz 12), und Berta Herzog, die in fast aller Firmen mindestens ein Drittel des Kapitals halten. In der Bauwert AG sind noch Herbert und Astrit Kampmann von Bedeutung, beide wohnen in der Schweiz.

Die Geschäftsführer Pfeiffer, Hausmann und Celler sind bestellte GF's, d.h. sie halten kein stimmberechtigtes Kapital.

Wir hoffen jetzt erstmal, daß dies nicht zu verwirrend war. Einige "unbedeutende"

Namen haben wir weggelassen, um den ganzen Komplex nicht noch weiter zu verwirren. Leibfried und Baumgarten sollen seit einiger Zeit in Berlin wohnen, wir haben noch nicht rausbekommn wo.

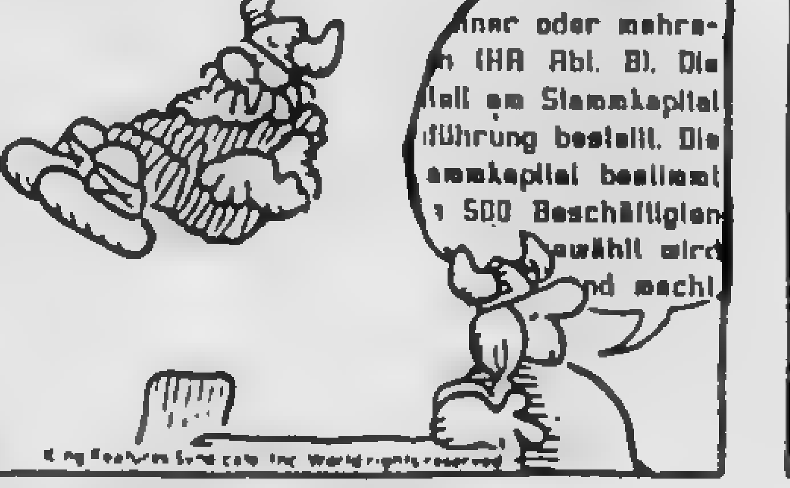






Kurzer Exkurs in die Wirtschaftswelt
What ist what in that firmen-dschungle ?
Die Aktiengesellschaft (AG)
Die AG wird den meisten einigermaßen bekannt sein. Trotzdem noch ein paar Worte dazu. 5 Menschen und 100.000 DM Grundkapital werden zur Gründung benötigt. Dieses Grundkapital wird in Aktien aufgeteilt, wobei es unerheblich ist, wie es sich auf die GründerInnen verteilt. Denn direkt nach der Eintragung in Handelsregister (HR Abt. B) kann das gesamte Kapital von einer (juristischen oder natürlichen) Person übernommen werden. Die Hauptversammlung (HS) der Aktionäre trifft sich mindestens einmal im Jahr. Entschieden wird über die Gewinnausschüttung (Dividende) und über die Zusammsetzung des Aufsichtsrates (AR) der auf 4 Jahre gewählt wird. Der AR setzt sich bei AG's bis zu 2000 Beschäftigten zu 1/3 aus BelegschaftsvertreterInnen und zu 2/3 aus der HS gewählten Aktionären zusammen. Der AR überwacht die Geschäfte des Vorstandes und bestellt diesen auf 5 Jahren. Wichtige Entscheidungen treffen AR und Vorstand zusammen. Dieser Vorstand besteht in vielen AG's aus Manager die kein Aktienkapital besitzen. Die entscheidenden Figuren in einer AG sind die Aufsichtsräte der Aktionäre, weil sie die meiste Entscheidungsgewalt haben und den größten Gewinn einstreichen.







Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Die GmbH ist eine der häufigsten Gesellschaftsformen in der BRD, da sie mit wenig Kapital recht einfach zu gründen ist. Die GmbH kann von einer oder mehreren Personen mit 50.000 DM Stammkapital gegründet werden (HR Abt. B). Die Versammlung der Gesellschafter (= die Personen die einen Anteil am Stammkapital haben) ist hier beschließendes Organ, die auch die Geschäftsführung bestellt. Die Gewinnverteilung einer GmbH wird nach den Anteilen am Stammkapital bestimmt oder durch vertragliche Sondervereinbarungen. Bei mehr als 500 Beschäftigten ist ein AR vorgeschrieben, der von der Gesellschafterversammlung gewählt wird (AR siehe AG). Das was eine GmbH, gerade für Spekulanten, so spannend macht, ist ihre Haftungsbeschrängung, ausschließlich auf das Gesellschaftsvermögen plus Stammkapital, was meistens identisch ist. Das Privatvermögen der Gesellschafter bleibt bei einem Konkurs vollkommen unangetastet.







Kommanditgesellschaft (GmbH & Co KG)
Die Kommanditgesellschaft besteht mindestens aus einem Vollhafter (Komplementär = Haftung auch mit dem Privatvermögen) und einem Teilhafter (Kommanditist = Haftung nur mit der Einlage). Bei der Gmbh & Co KG wird die unbeschränkte Haftung beschickt umgangen, indem nämlich eine GmbH den Komplementär bildet. Eine GmbH (siehe GmbH) aber nur mit ihrem Stammkapital haftet. Wegen diesem Vorteil, ist die GmbH & Co KG bei den Spekulanten so beliebt. Denn steht ein Konkurs an, das erstohlene Vermögen bleibt unangetastet. Der andere Vorteil ist die Kapitalbeschaffung durch eine KG. Einlagen in eine KG können von der Steuer abgesetzt werden, was es gerade für GroßverdienerInnen interessant macht ihr Geld da anzulegen und so vvor der Steuer zu retten. Die GmbH als Komplementär führt die Geschäfte und streicht auch den größten Teil des Gewinnes ein. Die Einlagen der KommanditistInnen werden mit mindesten 4% verzinst. Der Rest des Gewinnes wird in einem angemessenen Verhältnis verteilt. Anders als bei AG haben hier die KapitalgeberInnen nur ein Mitspracherecht bei außergewöhnlichen Geschäften. Über diese Art der Kapitalbeschaffung haben es viele Spekulanten geschafft sich von Banken unabhängig zu machen.

Warum das jetzt alles ?
Die Beschreibungen dieser häufigsten Gesellschaftsformen soll einen Blick freilegen, der uns auch die aufzeigt, die die Kettenhunde des Kapitals an der Leine haben. Eben all die versteckten Aktionäre oder Gesellschafter, die ihre Firmen von anderen leiten lassen, aber am dicksten verdienen. Wie schrieben einige zum Mai, "Wenn am 1. Mai 91 die herrschende Clique wieder einmal in ihren Villen zittert." Vielleicht ist dies eine Möglichkeit, getreu nach dem Motto alle Tage 1. Mai, einen Teil dazu beizutragen, daß sie an mehr Tagen als dem 1. Mai zittern. Nach unserem Motto, Wenn schon großkotz - dann aber richtig!

Noch ein paar Worte zur Demo am 17.6.91
Wir begrüßen die Initiative von Ana Prop (Noch 350 Tage...) zu den Aktivitäten zum geplanten Regierungssitz Berlin aufs Schärfste. Wir hoffen aber, daß diese Aktivitäten mehr sind als nur ein kleines Strohfeuer, das schneller niederbrennt als wir es überhaupt angezündet haben. Was wir brauchen, um der Geiterbahn Umstrukturierung etwas entgegensetzen zu können, ist mindestens ein Schwel- bis Flächenbrand, und mehr Diskussion. Mit Fantasie, Wut und Witz - nicht nur gegen den Regierungssitz. Potz-Blitz !
Für eine militante anarchistische Bewegung !

ART

REICHENÄRGER'S unendliche Geschichte (2. Folge)

Was bisher geschah, war in der Interim 149 zu lesen. Der Artikel ging auch nicht an Kiezdach vorbei. Sie reagierten prompt mit einem 8-Punkte-Statement.
Am 5.6. gab es dann besagtes Treffen mit dem Kiezdachvorstand und Leuten aus dem Haus.
Fazit: Von Kiezdach gibt es keine Verträge für Leute, die bereits in den Wohnungen sind. Außerdem werden die 3 Wohnungen, die jetzt noch frei werden, nicht mehr angemietet.
Begründung: Wir seien nicht ihr "Klientel", entsprächen nicht ihren Kriterien, seien nicht betreuungsbedürftig.
Wir brauchen zwar ihre Betreuung nicht, aber es ist alles andere als locker zu besetzen und auch wirklich drin zu bleiben.
Irgendwie scheint Kiezdach sich erst angesichts des Ärgers mit uns auf ihre Statuten und ihr Klientel zu besinnen, da sie in anderen Häusern sehr wohl Verträge mit Leuten abgeschlossen haben, die nicht den jetzt artikulierten Kriterien entsprechen.
Außerdem sind auch Leute aus ihren Listen in die Reiche eingezogen oder warten auf die freiwerdenden Wohnungen. Mit denen wollen sie jetzt auch nichts mehr zu tun haben. Da bleibt uns eher der Eindruck, daß Kiezdach unbequeme aufmüpfige Leute loswerden will oder, daß die, die nicht alles mit sich machen lassen, grundsätzlich nicht ihr Klientel sein können.
Der Kiezdachvorstand erklärt damit nach 2 Monaten die Verhandlungen mit uns für null und nichtig. Der Mensch, der die Verhandlungen mit uns geführt hat, ist inzwischen ausgestiegen. (Kiezdach war übrigens nicht an der Kiezdemo mit einem Redebeitrag beteiligt. Das war Eigeninitiative von diesem Mitarbeiter. Wir trennen sowas normalerweise nicht.)

Dies war eine - mehr oder weniger inhaltliche - Ebene des Treffens, die andere glich eher einem absurden Theater:
Akteure: Zwei Männer, eine Frau
1) Gabi Keutmann:
Die tragische Figur, die "Friedfertige", die zwar am klarsten sagen kann, daß wir nicht ihrem "Klientel entsprechen, die aber niemandem wehtun, d.h. uns nicht räumen will, aber nicht sieht, daß ihr ganzes Verhalten auf eine Räumung hinausläuft, bzw. für die Leute in den Wohnungen bedeutet, weiter in Unsicherheit und mit Räumungsdrohung zu leben.
2) Micha Fiedler (der mit den grauen längeren Haaren und der Baskenmütze):
Mit seiner immer wiederkehrenden Frage: "Welche genau betrifft es denn?", "Wie heißt ihr denn?" Versucht er zu individualisieren, auszuhorchen und die Koorperationsbereitschaft abzuchecken.
3) Fritz (Autonomenhasser):
"Ich würde euch räumen lassen! Das könnt ihr auch in der Interim schreiben.", "Ihr (Autonomen) geht im Osten besetzen und nehmt damit den Leuten dort die Wohnungen weg.", "Erst wollt ihr keine Penner im Haus, dann einen sauberen Kiez, dann Deutschland den Deutschen."

Nach dem letzten Klopper sind wir gegangen. Spätestens jetzt ist klar, daß es mit Kiezdach keine Verhandlungen mehr geben wird. Mit ihrer Weigerung uns Verträge zu geben, sind sie verantwortlich für eine eventuelle Räumung.
Am meisten hat uns an der ganzen Sache geärgert, uns ab[illegible]arbeiten zu müssen an dem Puffer Kiezdach, eingeschaltet zwischen uns und Hausbesitzer. Darüber werden wir nachdenken - wie's weitergehen wird, ist noch offen, sicher aber ist: WIR BLEIBEN DRIN!

PROZESSINFO
(30) MAINZER STR.

Ein halbes Jahr nach Räumung der Mainzer Straße stehen nun die Prozesse der Frauen und Männer an, denen ' Hausfriedensbruch' angehängt werden soll, sowie ein Prozeß wegen 'unerlaubtem Waffenbesitz'.

Nachdem viele dieser Verfahren recht schnell eingestellt wurden, weilselbst einige Staatsanwälte begreifen mußten, daßsie mit den schlampigen Ermittlungen der Bullen (zerfledderte Müllsäcke voll von Festnahmezetteln etc.) bis hin zu völlig willkürlichem Verteilen von Verfahren (von Hausfriedensbruch über Landfriedensbruch bis schweren Landfriedensbruch für Frauen und Männer aus ein und dem selben Haus), nicht durchkommen werden, haben sich nun doch einige Richter erblödet das Verfahren zu eröffnen.

Der erste Prozeß wegen Hausfriedensbruch, zu dem trotz nicht allzu großer Mobilisierung über 6o Frauen und Männer kamen, worauf der Richter die Verhandlung abbrach, war denn auch äußerst aufschlußreich:

Die Verwalterin des Hauses Mainzer3, des einzigsten besetzten Hauses im ganzen Kiez, fürdas noch kein Räumungstitel vorlag, war als Zeugin geladen. Durch ihre Aussagen wurde nochmal bestätigt, daß die Bullenräumung vom Montag 14.11.91 von langer Hand geplant war, liefen die Bullen bei ihr Samstag schon ein, um sich den Räumungstitel zu holen. Sie solle unterschreiben, sonst könnten sie die Aktion nicht durchführen. Die verunsicherte Verwalterin unterschrieb nicht sofort, sondern wollte erst die Besitzer des Hauses fragen, die sich aber auch nicht sonderlich interssiert zeigten.
Die Bullen hängten sich daraufhin ans Telefon, und, nachdem sie2-3mal vergebens angerufen und derweil bereits die gesamte Mainzer Straße schon seit Stunden gräumt hatten, fuhren sie die gute Frau kurzerhandzur Friesenwache, um dort schließlich die Unterschrift zu bekommen.
Auchdie Frage, ob sie die BesetzerInnen strafrechtlich verfolgen wollte bestätigte sie nicht.

Zuguterletzt war auch die Vollmacht der Besitzer des Hauses für die Verwalterin in den Bullenakten nicht mehr auffindbar. Nach neuesten Nachrichten ist sie es bis heute nicht, worauf es auch noch keinen neuen Termin für dieses Verfahren gibt...

Aber eine Reihe weiterer Prozeßtermine steht an, zu denen viele kommen sollen

NÄXTE TERMINE:


Donnerstag, 2o.6. 9.45 Uhr R.7/D7o5 Eingang Wilsnackerstr.4
'hausfriedensbruch und Widerstand'

Freitag, 21.6 10.00 Uhr 3.Stock R.862 Turmstr.91
'hausfriedensbruch'

Montag, 24.6 13.30 3.Stock R.768 Turmstr.91
Hausfriedensbruch'

Donnerstag, 11.7. 10.3o R.1o/107 Wilsnacker Str.4
Waffenbesitz'

Freitag, 12.7. 10.00 3.Stock R.455 Turmstr.91
Hausfriedensbruch'



Bullenknarre wurde an die Bullen zurückgegeben!

Ermittlungen, Strafverfolgungen stehen bevor!

Keine Hinweise an die Justiz/Bullen zum jetzigen Zeitpunkt

Am Freitag den 07.06.91 wurde die besagte SIG Saur Pist ole zersägt bei den Bullen abgegeben. Jetzt wird wegen gemeinschaftlichem Raub und Körperverletzung durch die Polizei/Justiz ermittelt.
Die Bullen wollen/müssen eine Straftat aufklären, den Tathergang rekonstruieren und die /den "Täter" suchen.
Wir haben unsere Zusammenhänge zu schützen und gerade NICHT den Tatverlauf kriminalistisch aufzuarbeiten. Wir wissen nicht was die Justiz/Bullen schlußendlich als belastend bzw. entlastend bewerten werden. Jeder kleinster Hinweis, "auch zur eigenen Unschuld "gegeben/ ausgeplaudert, hilft denen bei der Rekonstruktion der Situation.
Mit der Entwaffnung des Zivilbeamten wurde eine Provokation gegen die Demo zurückgewiesen. Mit der Rückgabe der Waffe wurde einer Kriminalisierung (Waffenbeschaffungsaktion) entgegen getreten.
Bei allen notwendigen Diskussionen über Aktionen gegen Zivi-Provokationen, laßt den konkreten Tathergang, Personen und sonstige Fakten bei Gesprächen unter euch raus.
Spitzel haben große Ohren.
Keine Spekulationen, keine Sensationsgier. Hier heißt Solidarität:
Schnauze halten!

Wahrscheinlich wird es zur Vorladungen, Ermittlungen bei festgenommenen, kontrollierten, fotographierten Demoteilnehmern kommen.
Hausdurchsuchungen sind nicht auszuschließen.
Auf Zeugenvorladungen, Beschuldigtenvorladungen solltet ihr auf keinen Fall vereinzelt reagieren. Die Gefährdung, auch bei einer eigenen Unschuldsvermutung, ist zumindest für Andere nicht ausgeschloßen.
Informiert Euch und den Ermitllungsausschuß im Mehringhof über Eure Rechte und Vorgehensweisen.
Der EA ist jeden Dienstag von 20 - 22 Uhr im Mehringhof zu erreichen. Kontakt ist auch über Tel. 6922222 (Anrufbeantworter) aufzunehmen.

Bei Demonstration Dienstwaffe entwendet

Die Demonstration „Lesben und Schwule gegen faschistische Gewalt" ging in der Nacht zum Freitag weitgehend friedlich am Bahnhof Lichtenberg zu Ende. Im Verlauf des Demonstrationszuges war es allerdings zu Zwischenfällen gekommen. In Höhe Mainzer Straße wurden Polizisten mit Signalmunition beschossen. Einem Zivilbeamten wurde die Waffe nach Polizeiangaben von Angehörigen der autonomen Szene entwendet. Nach Auskunft des Lagedienstes der Polizei wurde die Waffe später wieder abgegeben.

Nach den Angaben der Veranstalter nahmen rund 8000 Personen an dem Protestmarsch teil. Die Polizei sprach von bis zu 3500. Aktueller Anlaß war der Überfall rechtsradikaler Skinheads auf ein „schwules Frühlingsfest" Ende Mai in Mahlsdorf.

„Auf unseren Straßen herrscht Krieg", hatte einer der Organisatoren bei der Auftaktkundgebung am Alexanderplatz gesagt. Gewalt „faschistischer Männer" bedrohe aber nicht nur Homosexuelle, sondern auch Ausländer, Frauen und Autonome. Der Sprecher des Schwulenverbandes Deutschland, Karsten Friedel, forderte, Berlin zur „schwulen- und lesbenfreundlichen Stadt" zu erklären. Nötig sei eine Aufklärungskampagne in den Schulen sowie ein Antidiskriminierungsgesetz. Jeder fünfte Schwule sei bereits wegen seiner Homosexualität angegriffen worden. Tsp

NEUER NAZI-TERROR IN REINICKENDORF

Es geht wieder los. Im vereinigten Deutschland haben Neonazis wieder Hochkonjunktur. Auch in Reinickendorf. Nicht nur von den alten"Fascho -Hochburgen", sondern auch aus den an Berlin angrenzenden Gemeinden Brandenburgs geht massiver Nazi-Terror aus. So hört mensch immer Öfter von Nazis aus Henningsdorf oder Glienicke, die ihre Freunde aus Heili-gensee oder Frohnau/Hermsdorf unterstützen. Aber auch in Alt Reinicken-dorf sind Nazis aktiv. So tachte vor kurzem die erste Ausgabe des"Feu-erkreuzes"auf, Die von einer faschistischen Gruppe gemacht wurde.

GIB NAZIS KEINE CHANCE

Sie veröffentlichen in ihrer Zeitung Adressen von AntifaschistInnen und riefen zu verschiedensten "Aktionen" auf. Ihren bisherigen Höhepunkt fan -den die Nazi-Angiffe am 10.5., als eine Gruppe von vermummten Faschos , nach dem Ende einer Geburtstagsfete in Glienicke,die Scheiben einwar-fen und Molotow-Cocktails hinterherschmissen (Schaden ca. 1500,- DM).

Aufgrund dieses Vorfalls verweigerte der Gemeinderat von Glienicke uns denselben Raum für unsere ANTIFA-Solifete, die am 24.5. stattfinden sol-lte. Wir erhielten noch nach dem Vorfall eine Bestätigung unserer münd-lichen Absprache. Am vereinbarten Tag der Vertragsunterzeichnung (Di., 21.5.) wurde uns mitgeteilt, daß der Raum nicht an uns vermietet werden kann. Danach war es uns in dieser kurzen Zeit nicht möglich einen neuen Raum zu finden und mussten deshalb die Fete abblasen. In Glienicke wäre der einzige inFrage kommende Raum gewesen, da es in Reinickendorf entwe-der nur Jugendheime gibt, die nur sehr beggrenzte Möglichkeiten bieten, oder nur Räume,die zu teuer oder zu klein sind.

DESHALB FORDERN WIR:

- Räume zur freien Gestaltung
- Finanziell erschwingliche Mieten
- Keine zeitliche Einschränkung
- rechtliche Absicherung der Räume
- Keine willkürliche Verweigerung d. R.

Unterstützt uns in unseren Forderungen, indem Ihr Euch an unserer Unter-schriftenaktion beteiligt, denn es betrifft auch Euch. Die gesammelten Unterschriften gehen an den Gemeinderat in Glienicke und an den Beirks-bürgermeister für Jugend und Sport in Reinickendorf. Ebenso wie Ihr un-sere Forderungen unterstützt, beteiligt Euch an der Organisation des An-tifaschistischen Selbstschutzes. Meldet Euch beiuns, wenn ihr von Fasch-os bedroht werdet oder von Aktionen (Schlägereien, etc.) von Nazis hört

DEN ANTIFASCHISTISCHEN SELBSTSCHUTZ ORGANISIEREN!

LAßT EUCH NICHT EINSCHÜCHTERN, WEHRT EUCH!



ANTIFA Reinickendorf

KONTAKT: PLK-Nr. 022321 C
1/27

Letzte Meldung: Am Samstag,25.5.,wurde von ca.15 Faschos das Kulturhaus Glienik-ke um 1 Uhr angegriffen! Zur selben Zeit fand dort eine Fete statt- von den anfangs 250 Menschen waren nur noch ca.15 anwesend. Es entstand ein Sachschaden von über 8000 DM.

Top-Sicherheitszone um den Reichstag

Armada von Baggern kreuzt auf dem Gelände

Für den 17. bis 20. Juni werden sich die Berliner auf Erschwernisse im Straßenverkehr gefaßt machen müssen. Im Reichstag treffen sich die Außenminister der KSZE-Staaten nebst Troß. Hans-Jürgen Schröder, Sicherheitsbeauftragter des Hauses, gestern zur Berliner Zeitung: „Rings um unser Gebäude herrscht dann Sicherheitszone I. Vor Berlin liegt die große Verantwortung, nicht nur die Arbeitsfähigkeit der Konferenz, sondern auch den Schutz der Politiker zu gewährleisten."

Unabhängig von der Bannmeilenzone (siehe Grafik), die ebenfalls von Schröder ausgearbeitet wurde und vom Bundestag noch bestätigt werden muß, wird es um das Reichstagsgebäude eine erweiterte Sicherheitsfläche geben. Östlich des Hauses wird die Otto-Grotewohl-Straße (zwischen Marschallbrücke und Brandenburger Tor) für den Verkehr gesperrt. Über diese Route erfolgt die Anfahrt der Prominenz. Dicht gemacht wird auch die Straße des 17. Juni zwischen Ebert- und Entlastungsstraße. Dort sollen die Limousinen der Gäste parken.

Selbst der 100er Bus, der auf der Clara-Zetkin- und der Scheidemannstraße vorbeifährt und bei Bundestagssitzungen Sonderrechte genoß, wird zur KSZE-Tagung verbannt. Schröder: „Da wäre sonst ein unkontrollierter Personenverkehr. Man kann ja nie wissen, wer drin sitzt." Die Berliner Landespolizei will allerdings gegenüber dem Auswärtigen Amt durchsetzen, daß die Entlastungsstraße geöffnet bleibt.

Indessen bemerken Passanten gegenwärtig umfangreiche Bauarbeiten auf dem Platz der Republik. Eine Armada von gelben Baggern und Planierraupen wühlt das grüne Gelände gründlich um. Arno Lämmchen, Sachgebietsleiter für Bautechnik im Reichstag, hat alles auf einer großen Lageskizze festgehalten. Die Rasenfläche, derzeit noch 120 mal 225 Meter groß, wird auf 90 mal 195 Meter verkleinert. Schlechte Aussichten für Fußballspieler, denen die Wiese bislang gehörte. „Wir haben das Fußballspielen nie gern gesehen", sagt der Bauexperte. „Das Gras litt ganz beträchtlich." Verboten soll aber das Knödeln auch in Zukunft nicht sein. Nur ein bißchen problematischer.

Rings um den Rasen werden in einem 15 Meter breiten Streifen 40 Zentimeter hohe Heckenstauden gepflanzt. Die sollen links und rechts durch „Lindenalleen" eingesäumt werden. Die jungen Bäume sind bereits im Boden. Lämmchen: „Das alles geschieht nicht nur wegen der KSZE-Konferenz. In diesem Falle wäre der Aufwand zu hoch. Die Arbeiten sind eingeordnet in ein Gesamtkonzept, um das Reichstagsgelände repräsentativer zu machen. Schließlich soll der Bundestag hier mal richtig einziehen und nicht nur Gastspiele geben. Jedenfalls ist das meine Meinung. Denn ich bin ein Berliner!"

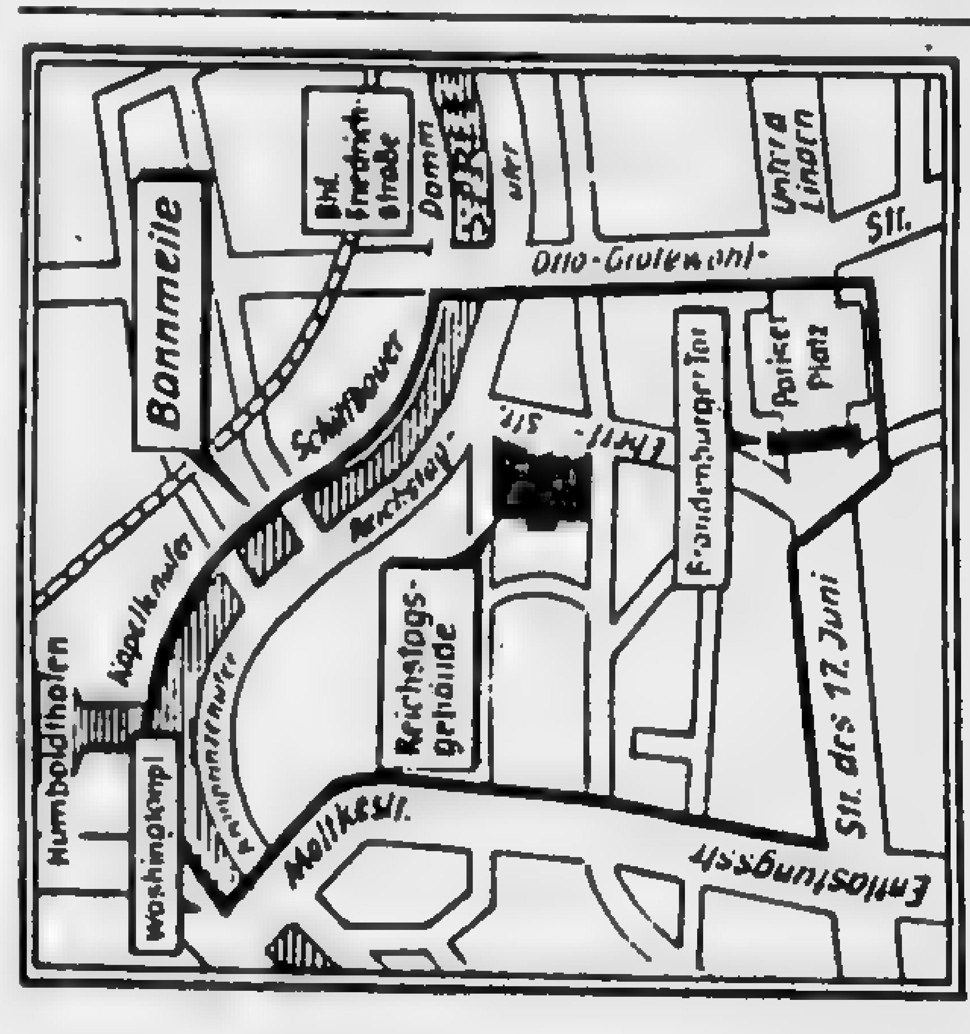
Auch innen wird emsig gewerkelt. Der Boden des Plenarsaals soll angehoben und dadurch vergrößert werden. Eine neue Telefonanlage wurde installiert. An der Ebertstraße entsteht eine Zelt- und Containerstadt für KSZE-Hilfspersonal, Presse und andere Beteiligte, die im Haus keinen Platz mehr finden.

Daß einige Ecken des Plenarsaals leicht asbesthaltig sind, stört keinen. Angeblich liegen die Faserwerte pro Kubikmeter Luft unter hundert, und das sei auch für Außenminister „noch ungefährlich".

Rolf Liebold

Pläne für eine Bannmeile

Keine Demos zwischen Pariser Platz und Humboldthafen



Als Ergänzung zum Bundes-Bannmeilengesetz soll um den Reichstag eine Zone festgelegt werden, in der Demonstrationen und öffentliche Veranstaltungen verboten sind. Das Gebiet würde durch folgende Straßen, Plätze und Ufer begrenzt: im Süden Straße des 17. Juni und südliche Umrandung des Pariser Platzes (Brandenburger Tor), im Osten Otto-Grotewohl-Straße zwischen Brandenburger Tor und Marschallbrücke, im Norden Spreeufer (Schiffbauerdamm ab Marschallbrücke, Kapelleufer bis Humboldthafen) und Washingtonplatz, im Westen Moltkestraße, Entlastungsstraße bis Straße des 17. Juni. eb

---

Infotelefon 0 42 21 / 17 8 15

Wir wollen alles wissen !!!

Wir, das sind in diesem Fall die MacherInnen des Infotelefons. Für alle, die es noch nicht wissen: das Infotelefon (04221/17815) existiert jetzt seit ca. ½ Jahr und soll der schnellen Nachrichten-, Termin-, und Info-Übermittlung dienen und damit einerseits helfen, das Informationsgefälle zwischen Stadt und Land zu überwinden und auch Gegenden erreichen helfen, in die normalerweise kein Flugblatt vordringt. Andererseits soll es nach Erreichen eines großen Verbreitungsgrades zur schnellen massenhaften Mobilisierung, z.B. bei kurzfristig bekannt gewordenen Terminen, Häuserräumungen und ähnlichem dienen.

Das Infotelefon ist im wesentlichen ein Anrufbeantworter, auf dessen abhörbarem Teil all die Termine, Infos, Demos etc. zu hören sind, die die AnruferInnen vorher auf den nicht abhörbaren Teil des Bandes gesprochen haben. Mindestens einmal am Tag sprechen wir dann diese Nachrichten auf den abhörbaren Teil des Bandes, so daß die Stimmen der AnruferInnen auf diesem Teil nie zu hören sein werden und auf dem anderen Teil sofort wieder gelöscht werden können.

Um einen Kritikpunkt gleich vorweg zu nehmen: das Infotelefon soll keine Strukturen ersetzen, sondern im Gegenteil langfristig helfen, neue zu schaffen.

Das Infotelefon wird natürlich umso lebendiger und interessanter, je mehr Termine etc. ihr uns wissen laßt, die wir dann weitergeben können. Deshalb wollen wir alles wissen, auch Termine, die für euch vielleicht eine Selbstverständlichkeit sind, können für Menschen, die nicht in den Metropolen wohnen, oder aus anderen Gründen z.B. von Demos immer erst hinterher etwas aus der Zeitung erfahren, sehr wichtig sein.

Das Infotelefon ist unter der neuen Nummer: 0 42 21 / 17 8 15 Tag und Nacht zu erreichen. Für weitere Infos oder Nachrichtenübermittlungen, die mensch nicht per Telefon loswerden kann, steht eine Postadresse zur Verfügung:

Infotelefon c/o Album, Oldenburger Str. 13, 2870 Delmenhorst.

Und noch etwas, gebt die Nummer weiter und sorgt dafür, daß sie sich verbreitet. Erst wenn ein gewisser Verbreitungsgrad eintritt, ist auch eine schnelle massenhafte Mobilisierung möglich.

*fotokopieren *** weitergeben *** fotokopieren *** weitergeben *** fotokopieren *** weitergeben*

Zum Angriff auf Jürgen Echternach, parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Wohnungsbauministerium!!!!!!

WEG MIT DEM "SOLIDARITÄTSGESETZ" UND DER MIETPREISERHÖHUNG ZUM 01.10.91 in den Gebieten der ehem. DDR

"DIE VERANTWORTLICHEN FÜR WOHNUNGSNOT, ARMUT UND VERELENDUNG ATTACKIEREN!!
DIE ANGRIFFE AUF EXISTENZ, LOHN UND EINKOMMEN BEKÄMPFEN!!"

Heute Nacht haben wir das Domizil von Jürgen Echternach, parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Wohnungsbauministerium, Landesvorsitzender der CDU Hamburgs, Appuhnstr.3,2HH52, aufgesucht und mit mehreren Brandsätzen seine Garage und seinen Gartenzaun weggefackelt.
Nachdem dieser Politbonze vor 2 Wochen dem Karolinen- und Schanzenviertel klammheimlich seinen Besuch abstattete, um im Hamburger Wahlkampf "Bürger mit kleinem Einkommen und sozial Schwache zu besuchen und ihnen wegen ihrer verrottenden Wohnungen sein Mitleid auszusprechen (sowie von sich gab ,daß eine Sanierung wie in Eppendorf das Gewaltpotential drücken würde)", sahen wir uns zu einem Gegenbesuch (ebenfalls heimlich) veranlaßt, um uns von seiner Wohnsituation zu überzeugen.
Wir mußten feststellen, daß er, welcher die Steuerzahlerin immerhin 700 000 DM im Jahr als Staatssekretär kostet, mit seinem Gehalt von schlappen 26 500 DM im Monat ein nettes Häuschen, wenn auch etwas versteckt, in einer grünen, ruhigen Straße Othmarschens bewohnt.
Doch Spaß beiseite: Wir haben diesen Schreibtischtäter bewußt ZU HAUSE aufgesucht, in einem der Reichenviertel Hamburgs, dort wo er sich die Ruhe und Erholung für sein mieses Handeln holt, während zb. Obdachlose und Flüchtlinge in menschenverachtende Lager gepfercht werden und die Hamburger Wohnungssuchenden sich die Hacken wundlaufen, um irgendein Dach über dem Kopf zu finden.
<u>Lassen wir den HERRschenden keine privaten Ruhezonen!!</u>

-Über 500 000 Obdachlose, Millionen unter den beschissensten Bedingungen wohnungssuchender Menschen, über eine Million absolut heruntergekommene Wohnungen, zehntausende von Zwangsräumungen jährlich, Mieten, die einen Großteil des Einkommens verschlingen, 2,5 Millionen fehlende Wohnungen,
-einige zehntausend gutverdienende , stinkreiche Hausbesitzer, Makler Miethaie und und und ....
Diese Realität hat Echternach, seit ca. 4 Jahren Staatssekretär im Wohnungsbauministerium, in dieser Funktion mitzuverantworten. Und er tut sein Bestes um sie noch unerträglicher zu gestalten. Zb. war er 1989/90 einer der stärksten Befürworter der zum 1.1.1990 eingeführten Aufhebung der sog. Wohngemeinnützigkeit.
Durch diese Maßnahme gingen Mietpreibindungen verloren, erhebliche Mietpreiserhöhungen wurden so ermöglicht.

Diese Entscheidung führt u.a. dazu, daß bis zum Jahr 2000 vom den ca. 3,4 Millionen Sozial- und preisgebundenen Wohnungen nur noch ca. ein Drittel der Sozialbindung unterliegen.
Ganz aktuell ist Echternach für die zum Oktober dieses Jahres beschlossene Erhöhung der Mieten in den "fünf neuen Ländern" mitverantwortlich. Diese Mieterhöhung, welche unter maßgeblicher Beteiligung des Bauministeriums erarbeitet wurde, sieht eine Verteuerung der Quadratmetermiete um 1 DM sowie eine Umlage der Betriebskosten in einer Höhe von bis zu 3DM pro Quadratmeter vor.
Dies bedeutet konkret, daß die Mieten um das Vier- bis Fünffache ansteigen werden. Ursprünglich war zusätzlich ein sogenannter Instandsetzungszuschlag geplant, der eine Abwälzung der Instandsetzungs- und Modernisierungskosten auf dem Rücken der MieterInnen vorsah. Nach Protesten von MieterInnenorganisationen etc. und nicht zuletzt in Anbetracht der für die HERRschenden nicht völlig einzukalkulierenden Unruhe und Wut der BewohnerInnen der ehemaligen DDR, wurde dieser

Plan erstmal zurückgezogen, was nicht heißt, daß er völlig vom Tisch ist. Die Haus- und Grundeigentümerverbände laufen schon Sturm gegen diese Entscheidung und der Bundesverband freier Wohnungsuntermehmen fordert die Mieten in den "fünf neuen Ländern " noch wesentlich drastischer zu erhöhen. Unterdessen sind Spekulanten und Makler (wie zb. der vor 14 Tagen in Hamburg von GenossInnen angegriffene RDM Franz) munter dabei, kommunales oder ehemals enteignetes Wohnungseigentum wieder in Besitz zu nehmen und die Mieten in die Höhe zu treiben.

die von der Bundesregierung beschlossene Mieterhöhung real bedeutet kann sich jede/r vorstellen angesichts dessen,daß seit der widerlichen Vereinigung in einer für die BRD beispiellosen Vehemenz Region für Region nach den Bedürfnissen des Kapitals umstrukturiert und 17 Millionen Menschen nach den Gesetzen des Marktes verwertet werden.
Ganze Industriezweige wie die Werften mit ihren 55 000 Arbeitsplätzen oder die Textilindustrie mit ihren über 200 000 vorwiegend Arbeiterinnen stehen vor dem aus. Die Arbeitslosigkeit liegt im Mai bei 850 000, 2 Millionen machen Kurzarbeit. Nach dem Ablauf von Kündigungsschutzbestimmungen zum 30.06.91 werden diese Zahlen rasant ansteigen. Schätzungen gehen davon aus,daß schließlich ca. 50% aller ArbeiterInnen in den "fünf neuen Ländern" dh. ca. 4,5 Millionen ihre Arbeit verlieren.
Zur Zeit pendeln täglich 2-300 000 BilligarbeiterInnen von Ost nach West, zehntausende werden als LeiharbeiterInnen in den Westen vermietet, um zu einem Hungerlohn von zb. 6 DM auf dem Bau oder auf Montage zu arbeiten.
Frauen sind von der Arbeitslosigkeit am härtesten betroffen und werden in eine stärkere ökonomische Abhängigkeit von Männern gezwungen.
Während die Preise für Konsumgüter in den "alten" und "neuen" Bundesländer gleich hoch sind, beträgt das Lohnniveau in den Gebieten der ehemaligen DDR lediglich 50-60% des Westens. Eine Angleichung des sog. "materiellen Wohlstandes" wird es so schnell nicht geben, selbst Schweine vom Schlag Biedenkopfs sprechen diesbezüglich schon von der Jahrtausendwende.
Wie widerlich zynisch die HERRschenden mit dieser Situation umgehen, macht zb. der Spruch KOhls deutlich, der in bezug auf die Montagsdemos in Leipzig von einem "erbärmlichen Schauspiel" sprach oder die Aussage Voscheraus anläßlich eines Besuchs in Erfurt, daß dort die Arbeit ja nur so auf der Straße liegen würde!!

Die empfundene Ohnmacht, Minderwertig- und Aussichtslosigkeit verwandelt sich aber kaum in Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse. Stattdessen verschärfen sich die schon vorhandenen sexistischen und rassistischen Gewaltverhältnisse.
Nachts sind die Städte in den Händen marodierender faschistischer Gruppen. Deren Aktivitäten werden von den meisten sog. "NormalbürgerInnen begrüßt oder zumindestens stillschweigend geduldet.
Nur ein geringer Teil rassistischer Überfälle wird überhaupt bekannt Abends trauen sich AusländerInnen nicht mehr auf die Straße aus Angst vor den "weißen, deutschen Herrenmenschen".
Der Großteil der ArbeitsimmigrantInnen aus dem Trikont, die jahrelang zu geringen Löhnen ausgebeutet und in Ghettos gehalten wurden und auch schonzu Zeiten des sog. "realexistierenden Sozialismus" rassistischen Angriffen ausgesetzt waren, ist schon längst nach Mocambique, Vietnam etc verschubt worden.

Derweil wird in Deutschland unter Hinweis auf die Notlage in den "fünf neuen Ländern" wiedereinmal die Volksgemeinschaft beschworen, quer zu allen vorhandenen gesellschaftlichen Widersprüchen und unterschiedlichen Interessenslagen. Nachdem schon zum 1. April die Telefongebühren erhöht als auch der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung angehoben wurde(n), beschloß das Bonner Schweinekabinett unlängst das auch von Echternach unterstützte, zum 1.7.91 in Kraft tretende Steuerpaket mit dem perfiden Namen: SOLIDARITÄTSGESETZ!!

Solidarität bedeutet hier nicht etwa Solidarität mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten des Trikonts, wie die jämmerlichen Brotkrumen für die verreckenden Völker Bangladeschs oder Kurdistans uns zeigen, oder gar Solidarität mit den um ihre Existenz ringenden Arbeitslosen in der ehemaligen DDR (wie uns die HERRschenden weismachen wollen);
SONDERN IM Klartext ist das:
Lohnraub und Angriff auf das Einkommen derer, die eh schon wenig Kohle haben und zwar in einem erheblichen Ausmaß.
Solidaritätsgesetz heißt:
- einjähriger Zuschlag von 7,5% auf Lohn- und Einkommenssteuer (Ergänzungsabgabe)
-Mineralölsteuererhöhung (Benzin wird bis zu 25 Pfennige je Liter teurer, Verteuerung von Gas und Heizöl)
-Versicherungs- und Tabaksteuer werden erhöht
Als Krönung des Ganzen wurde auch noch eine Mehrwertsteuererhöhung um 1-2% angedroht. Besonders die Mineralölsteuererhöhung wird wegen ~~der durch sie bedingten höheren Transportkosten eine Verteuerung~~ von Konsumgütern und Lebenshaltungskosten nach sich ziehen.
Dieses Steuerpaket soll in den nächsten 1,5 Jahren 44 Millionen DM zusammenbringen, die dann für Industrie und Wirtschaft gewinnbringend in Infrastrukturmaßnahmen im Osten investiert werden.
Die Bonzen,denen der Anschluß der DDR bis jetzt enorme Zuwachsraten bescherrte, bezeugen ihre Solidarität, indem sie in den Genuß der gleichzeitig beschlossenen Abschaffung der Vermögens- und Gewerbekapitalsteuern sowie enormer Investitionszuschüsse im Osten kommen.
Im Gebiet der "alten" Bundesländer wird die Gewerbekapitalsteuer 1993 ebenfalls abgeschafft, die Vermögenssteuer gesenkt.
Die Politikerkaste in Bonn hat sich flankierend zum Solidaritätsgesetz eine Diätenerhöhung zugebilligt.
Möllemann versucht inzwischen gewaltige Subventionsstreichungen in Milliardenhöhe gegenüber den westdeutschen Werften und dem Kohlebergbau durchzudrücken, den Jahrhundertvertrag auszuhebeln.
Das würde die Entlassung Zehntausender zur Folge haben. Er begründet seine jüngsten Vorstöße u.a. damit ,daß ja auch im Osten viele ihre Arbeit in diesen Industriezweigen verlören, und Subventionen nur eingeschränkt gewährt würden.

Die kapitalistische Walze ist in einem unglaublichen Tempo im Vormarsch und eine Welle von Angriffen überollt das Land , welche wir als revolutionäre Linke nicht unbeantwortet lassen sollten.
Wir verstehen unsere Aktion als einen kleinen Beitrag dazu.

Wir begrüßen den Vorschlag einer militanten Kampagne gegen Wohnungsnot in Hamburg von den GenossInnen, die die Aktionen gegen Uhlenbrook und Franz durchgeführt haben, und bestimmen "unseren Besuch bei Echternach" als einen Teil davon.

Die imperialen Schweine zum Teufel jagen
Hafenstraße und rote Flora durchsetzen
Liebe und Kraft für Holger Deilke, bei seinemProzeß der z. Zt. in Hamburg läuft, und an alle kämpfenden Gefangenen
viele liebe Grüße an Thomas Münzers wilden Haufen
Bleiberecht für alle Flüchtlinge, Abschiebungen verhindern

MENSCHENVERACHTUNG BEKÄMPFEN AN JEDEM PUNKT!!

FEUERVÖGEL HAMBURG
zelle jorge gomondai
(Jorge Gomondai, Arbeitsimmigrant aus Mozambique, wurde am Ostersonntag 1991 von einer faschistischen Horde in Dresden ermordet)

Hamburg, 5.6.91

ABLAUF DER TAGE

Dieses ist nur ein Rahmenplan, damit Ihr in etwa seht, wie es laufen soll. Wir müssen beweglich bleiben.

Mittwoch, 19.Juni 1991:

Eintreffen, Sozialamt! (Ihr seid Durchreisende!), Stadtbesichtigung, Schlafplatz suchen und so weiter.

Donnerstag, 20.Juni 1990:

16 Uhr Kundgebung, Begrüßung, evtl. Vortrag über Eure Rech[illegible]. Aufteilung in Gesprächsgruppen und Wahl der Gruppensprecher.

Freitag, 21.Juni 1991:

Die Gruppensprecher erarbeiten ein Manifest der Besitzlosen. Spätnachmittags Vorstellung der erarbeiteten Grundsätze und Forderungen. Danach gemütliches Beisammensein bei Wasser, Brot und Salz.

Samstag, 22.Juni 1991:

10 Uhr Schlußkundgebung und Aufbruch, wenn nichts anderes beschlossen wurde.

Schlußbemerkungen:

Wir können keine Spesen für Euch zahlen und stellen Euch keine Unterkunft. Wir werden versuchen Kaltverpflegung zu beschaffen, wieviel wir zusammenbringen, das wissen wir nicht. Also: sorgt vor! Daß die Anreise auf eigne Faust erfolgt, braucht nicht erwähnt zu werden. Sprecht mal bei Euren Sozialämtern vor, wie das mit einer Freifahrkarte ist, oder sucht andere Stellen auf, die Euch eventuell Tips geben können. Ein guter Reisevorschlag kommt aus München: „Wir werden", schreibt Dieter P. „uns mit mehreren in einen Fern D-Zug setzen und reisen. Das Nötigste haben wir dabei, das Unnötige lassen wir zurück, und das sind Papiere, Fahrscheine usw.,unser wichtigstes Reiseutensil ist unsere Phantasie" Aus rechtlichen Gründen können wir leider keine Stellungnahme zu dieser Reiseart abgeben. Wir meinen aber, irgendwie werdet Ihr uns hier in UELZEN schon erreichen. – Hier noch etwas Wichtiges: Damit wir wissen, wie weit dieser Aufruf schon herumgekommen ist, meldet Euch mit einem Kärtchen bei der unten angegebenen Kontaktadresse, dort könnt Ihr auch weitere anfordern. Leute, die Werbung liegt in unserer Hand! Schreibt auch, daß Ihr kommt,es hilft uns bei der Organisation. – So, das wäre es. Habt Ihr noch Fragen, dann meldet Euch! Ich hoffe, nein, ich weiß, wir sehen uns im Juni 1991 in dem gastlichen UELZEN!
Kontaktadresse: Willy Drucker - Bohldamm 11 - 3110 Uelzen 1

Rudolf D. Schlooszmeyster, Dezember 1990

Obdachlose! Kunden! Berber!

kommt zum

Kongreß der Besitzlosen

19.-22. Juni 1991 in UELZEN

Hamburg - 95 km... UELZEN... 95 km - Hannover

Wir haben diese kleine Stadt für unsere Zusammenkunft — für unseren Kongreß — ausgesucht, weil in dieser Stadt das fortgesetzt werden soll, was in einigen süddeutschen Städten zur Normalität gehört:

Unsere Verbannung aus dem Stadtzentrum!

Die Städte können das über Sondersatzungen (so etwas wie Stadtgesetze) beschließen. In UELZEN z.B. soll der Alkoholgenuß in der Innenstadt verboten werden —Kneipen und die Gaststätten natürlich ausgenommen—.

Da soll eindeutig uns treffen, oder diejenigen von uns, die den einzigen Lichtblick in ihrer beschissenen Situation in dem Griff zur Flasche sehen. Das ist traurig, doch nicht unverständlich, aber wir können kaum etwas daran ändern. Ebensowenig haben wir Einfluß darauf, wenn Leute von uns in ihrem besoffenen Kopf Passanten anmachen.

Trotzdem: Man darf uns nicht wie räudige Hunde davonjagen! Auch wir sind Menschen! Auch wenn wir in Lumpen gehen!

Viele von uns sind schuldlos an dieser Gesellschaft gescheitert. Andere haben ihren Teil dazu beigetragen, daß sie in der Gosse landeten. Wieder andere sind freiwillig ausgestiegen aus dieser Welt der Raffgier und Erbarmungslosigkeit. Sie machen Generalstreik ihr Leben lang.

So verschieden auch die Gründe sind, die uns auf die Straße trieben, eins trifft uns gemeinsam: die Verachtung und die Angst der Besitzenden!

Willi Hammelrath, einer von uns, sagte auf einer Rede auf dem Kundenkongreß 1929 in Stuttgart:

> *„Wir sind der Wind, der durch die kapitalistische Gesellschaft weht, nie zu fassen, der die Bäume schüttelt, daß ihnen angst und bange wird, der stärker ist, als sie alle, und der sie alle überdauert!*

Das klingt schön! Doch wenn wir uns nicht wehren, wenn wir nicht gemeinsam die Bäume schütteln, dann kreisen sie uns ein. Verbote, Erlasse und Sonderregelungen werden unseren Lebensraum enger und enger schnüren. Verlaßt Euch drauf! Und seid gewiß, bei der Tüchtigkeit der Deutschen würd es mich nicht wundern, wenn ich eines Tages erwachte und mich als Rauchwölkchen durch einen Kamin entschweben sähe. Es ist noch gar nicht so lange her, da war auch das unser Los und anderes!

Raffen wir uns auf! Bewegen wir unsere Ärsche! Kämpfen wir einmal gemeinsam! Seid überzeugt, wenn wir zusammenhalten und als Masse auftreten, dann erreichen wir etwas! Aber nur dann! Ergreifen wir die Chance! Der Kongreß wird ein Mißerfolg, wenn Ihr nicht kommt! Dann, Leute, dann leckt uns in Zukunft am Arsch! Drum auf, Leute, auf! Bewegt Eure müden Glieder! Sonnt Euch einmal in Eurer Macht!

Wir leben von der Hand in den Mund und oft von nichts und unsere Träume erträumen wir uns nicht in Federbetten, sondern auf kalter Erde und harten Parkbänken! Wer, so frage ich Euch, könnte besser gerüstet sein als wir?

AUF NACH UELZEN!
Das Tor zur Lüneburger Heide



Aktuelle Informations- und Diskussionsveranstaltung:

ARBEITERINNEN/STUDENTINNENBEWEGUNG & DIE POLITISCHE LAGE IN SÜDKOREA

-'Minjung'-Bewegung vor dem Hintergrund des Demokratisierungsprozesses-

Aus Südkorea kommen auch dieses Jahr die Kampfmeldungen von StudentInnen, ArbeiterInnen und breiter Volksmassen gegen das regierende Roh's Regime. Der gewaltsame Tod eines demonstrierenden Studenten durch Zivilpolizisten im April hat bekanntlich diese Protestaktionen verursacht. Überall setzen sich die Massenproteste trotz aller brutalen Gegenmaßnahmen fort. Bis jetzt haben sich 8 Personen aus Protest selbst verbrannt.

Hier im Westen wurden die sich radikalisierenden Protestaktionen überwiegend als zusammenhangslose brutale Gewalttaten dargestellt und in einigen Fällen sogar als 'Fanatismus' stigmatisiert.

Die Kehrseite des anscheinend blendenden wirtschaftlichen Wachstums seit den 60'er Jahren und des sog. Demokratisierungsprozesses seit 1987 in Südkorea ist aber in der Weltöffentlichkeit wenig bekannt: Die durchschnittliche Arbeitszeit und die Rate der Arbeitsunfälle Südkoreas stellen immer noch den Weltrekord dar. Die Gründung der demokratischen Gewerkschaft wird von Anfang an mit Gewalt unterdrückt. Nach dem Staatssicherheitsgesetz werden die Diskussionen über Wiedervereinigung von Süd- und Nordkorea und die Kontakte mit dem Norden, die meistens von den StudentInnen initiiert werden, schwer bestraft. Augenblicklich sind mehr als 1.000 Menschen aus der gewerkschaftlichen und politischen Opposition inhaftiert, darunter ca. 300 ArbeiterInnen....

In welchem Zusammenhang stehen das Heranwachsen der 'Minjung'-Bewegung (hier speziell der ArbeiterInnen/ StudentInnenbewegungen) und die sich radikalisierenden politischen Auseinandersetzungen mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in Südkorea?

REFERENTINNEN
TAE-BOCK LEE (Chefredakteur der Arbeiterzeitung Koreas)
SOON-OK CHUN (Aktivistin der Arbeiterbewegung)
Prof. ***HOLGER HEIDE*** (Uni Bremen, Volkswirtschaft)
Ehm. Prof. ***JÜRGEN KUCZYNSKI*** (Humboldt-Uni, Geschichte)
Und DIAVORTRAG

Wann: Fr. 14. Juni 1991, 18:00 Uhr
Wo: AudiMax TU (Str. des 17. Juni)

VERANSTALTERINNEN: ASTA FU/ TU BERLIN

Unterstützt von: AG junger Koreaner-Redaktion 'Undong'/AG Solidarität mit koreanischem Minjung/Koreanische Arbeitergruppe in Berlin/Koreanischer StudentInnen Verein FU Berlin/ Unterstützungsgruppe für den Nationalrat der Gewerkschaften/ Unterstützungsgruppe für die Minjung-Partei

이태복 선생 강연회: 6월 16일 19시(Ottostr.16, 1000 Berlin 21)
주관: 조국의 기층민중과 연대하는 모임

freitag 14.6.

18 uhr
info- und diskussions-
veranstaltung arbeiterinnen
studentinnenbewegung
politische lage in südkorea
audimax tu straße des 17.6. 1/12

20 uhr
diskussionsveranstaltung
sexuelle gewalt gegen
mädchen und frauen
akarsu oranienstr. 25 1/36

17 uhr
"die augen der vögel"
einer delegation des roten kreuzes
soll gelegenheit gegeben werden,
mit politischen gefangenen eines
militärgefängnisses in lateinamerika
zu sprechen
el locco kreuzbergstr. 43 1/61

22 uhr
disco chor konzert
grünberger 73
1 jahr besetzt
b-friedrichshain

samstag 15.6.

17 uhr
film zu politischen gefangenen
in den usa
el locco

18 uhr
benefizkonzert für kurdische
flüchtlinge
audimax tu straße des 17.6.

sonntag 16.6.

19 uhr
vv zur demo gegen umstrukturierung
und hauptstadtwahn versammlungsraum
mehringhof, gneisenaustr. 2 1/61

21 uhr
premiere und party
ak kraak nr. 6
videokino anschlag kreutzigerstr. 18
b.-friedrichshain

20 uhr
"bis zu einem gewissen punkt"
omu cuba 83 regie t.g. alea
ex gneisenaustr. 2 1/61

montag 17.6.

18 uhr
demo gegen umstrukturierung und
hauptstadtwahn
treffpunkt marheineckeplatz 1/61

18.30 uhr
brasilianische gewerkschafter
innen berichten
infoveranstaltung
ig-metall haus 5.og alte jakob
str 148-155 1/61

20 uhr
"wie efeu an der mauer"
lesung mit m.rosenkof und
e. f. huidobro
ex

dienstag 18.6.

21 uhr
auf leben und tod
schwed. dokumentarfilm 79
sicherheitsgesetze, netzfahndung...
videokino anschlag

20 uhr
bandito rosso
"liquid sky" sf-film
bandito rosso lottumstr. 10a
b. 1054

20.30
"der unsichtbare aufstand"
22.30
"liebe frauen blumen"
lateinamerikafilme im kob
potsdamerstr. 157 1/30

21 uhr
"von der stadtguerilla zur
massenpartei"
die politische arbeit der tupamaros
mit e.f. huidobro
el locco

ab 17 uhr
ausstellung über kurdistan
diskussion film
so 36 oranienstr. 190 1/36

donnerstag, 20. 6.

13 uhr
prozeß wegen der besetzung
in der Methfesselstr. am
welt-aidstag '89
turmstr. 91, Raum I/371

freitag 21.6.

19 uhr
südafrika veranstaltung
hdk hardenbergstr. 33 raum 110

Marktwirtschaft ohne Alternativen?

Diskussion mit Maryse Brisson (Haiti)
Franz Hinkelammert (Ökonom, Costa Rica)
Paul Singer (Planungssekretär von Sao Paulo, Brasilien)

Sonntag 16. Juni 19 Uhr
TU Hauptgebäude, Straße des 17. Juni, Raum 104

Kultur des Widerstandes - Kultur im Widerstand

Lesung aus Wie Efeu an der Mauer, Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur
von Mauricio Rosencof und Eleuterio Fernandez Huidobro (MLN-Tupamaros, Uruguay
Montag 17. Juni 20 Uhr
EX im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 1/61

Die Guerilla zieht Bilanz

Kritische Reflexion über Fehler von Strategie und Praxis

mit Eleuterio Fernandez Huidobro (MLN-Tupamaros), Luis Mattini (einziger Überlebender des Politbüros der PRT, Argentinien) und Maria Amelia Teles (Frauengruppe Uniao de Mulheres de Sao Paulo, Brasilien)
Moderation: Gaby Weber (Journalistin, Montevideo)

Mittwoch 19. Juni 19 Uhr
TU-Hauptgebäude, Straße des 17. Juni, Raum 104

Von der Stadtguerrilla zur legalen Massenpartei ?

Die politische Arbeit der Tupamaros im heutigen Uruguay
mit Eleuterio Fernandez Huidobro (MLN-Tupamaros)
Dienstag 18. Juni 21 Uhr
El Locco, Kreuzbergstr. 43, 1/61

Workshop:

Der totale Markt - Das Ende der Geschichte !?

Das Verhältnis von Marktwirtschaft und Demokratie in Lateinamerika
mit Franz Hinkelammert (Costa Rica) und Urs Müller-Plantenberg (LAI, Berlin)
Montag 17. Juni 11 - 17 Uhr
Die Pumpe, Lützowstr. 42, 1/30

Workshop:

Haiti: Die Volksbewegung an der Macht ?

Chancen und Perspektiven der Entwicklung Haitis nach dem Wahlsieg des Befreiungstheologen Jean-Bertrand Aristide
mit Maryse Brisson (Ökonomin, Haiti)
Dienstag 18. Juni 11 - 17 Uhr
Die Pumpe, Lützowstr. 42, 1/30

Workshop:

Sozialismusdebatte in Lateinamerika

mit Luis Mattini (Argentinien) und Gaby Weber (Journalistin, Montevideo)
Donnerstag 20. Juni 11 - 17 Uhr
Mehringhof, Gneisenaustr.2a, 1/61